

DISPUT

ISSN 0948-2407 | 67485

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE
NOVEMBER 2018 2 EURO

Zukunft

Katja Kipping fordert gesellschaftliche Mehrheiten jenseits von Union und AfD für die Zeit nach Merkel und hält das keinesfalls für utopisch. 6

Vergangenheit

Der Völkermord an den Herero und Nama durch deutsche Kolonialtruppen wirkt bis heute nach und die Nachfahren kämpfen immer noch um Gerechtigkeit. 12

Europa

Gabi Zimmer zieht Bilanz ihrer Arbeit als Vorsitzende der GUE/NGL-Fraktion in Brüssel und plädiert für die Umwandlung der EU in eine soziale Union. 14



Foto: Bianca Theis

INHALT



Zwei wichtige Ereignisse liegen nun hinter uns: die Bayernwahl und die Großdemonstration #unteilbar. Die LINKE im Freistaat kämpfte engagiert für den Einzug ins Landesparlament. Auch an der Demo für Solidarität und soziale Gerechtigkeit nahmen viele Genossinnen und Genossen teil. Die LINKE ist eben eine Partei in Bewegung. Egal ob

am Hambacher Forst (Seite 9), am Infostand in Hessen (Seite 18) oder in einer Berliner Großsiedlung, wo sie zusammen mit den Bewohnern gegen Mieterhöhungen kämpft (Seite 19). Unsere Kampagnen zu Miete und Pflegnotstand laufen erfolgreich. Eine Aktionskonferenz in Göttingen im November will die verschiedenen Kampagnenaktiven zusammenbringen (Seite 26). Während der Rechtsruck längst nicht nur Europa und die USA, sondern mittlerweile auch Asien und Südamerika erfasst, warnt die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright in ihrem neuen Buch vor einer Rückkehr des Faschismus. Der Historiker Wolfgang Triebel hat das Werk gelesen und einen, wie ich finde, interessanten Beitrag verfasst, der mehr ist, als eine Rezension. Dazu passt auch der Artikel von Ronald Friedmann auf Seite 28, der über den Streit um Francos Mausoleum in Spa-

nien schreibt. Im kommenden Jahr stehen die Europawahlen ins Haus. In dem Beitrag von Uwe Sattler zieht die scheidende GUE/NGL-Fraktionsvorsitzende Gabi Zimmer auf den Seiten 14 und 15 eine erste Bilanz. Viele Hintergrundinformationen liefert der Historiker Stefan Bollinger in seinem Beitrag zur Novemberrevolution auf den Seiten 22 und 23.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Bürgerdialog, Medien, Öffentlichkeitsarbeit (BMÖ) in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

DISPUT 11/2018

VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER

BAYERNWAHL

Das Wunder ist ausgeblieben, trotzdem keine Katerstimmung bei der LINKEN **4**

ZUKUNFT GEWINNEN

Katja Kipping über linke Mehrheiten **6**

SPURWECHSEL

Von der SPD zur LINKEN **8**

HAMBI BLEIBT

Klimaschutz beginnt im Wald **9**

ABGEHÄNGTER OSTEN

Matthias Höhn zum Stand der Einheit **10**

DIESELSKANDAL

Herbert Behrens zieht Bilanz **11**

VÖLKERMORD

Namibia leidet noch heute **12**



**JEDEN MONAT
AUS DEM HAUS 5
PRESSEDIENST 24
DAS KLEINE BLABLA 25
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
NOVEMBERKOLUMNE 31**

EU-PARLAMENT

Zu Besuch bei Gabi Zimmer **14**

FASCHISMUS

Eine Gefahr kehrt zurück **16**

PRÄSIDENT DER HERZEN

Kipping trifft Eintrachts Peter Fischer **20**

NEUE KLASSENPOLITIK

Riexinger veröffentlicht Buch **21**

NOVEMBERREVOLUTION

Gedenken im Jubiläumsjahr **22**

AKTIVENKONFERENZ

LINKE lädt nach Göttingen **26**

Foto: Martin Heinlein

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin **REDAKTION** Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 11:** 15. Oktober 2018. DISPUT 12/2018 erscheint am 15. November

Karo, was ist für Dich links?



Foto: privat

Links sein bedeutet für mich an erster Stelle, dass alle Menschen für einander eintreten und dass die, denen es besser geht als anderen, aus Liebe zur Gemeinschaft einen Schritt zurück gehen. Außerdem bedeutet es für mich die Freiheit zu haben, zu sein, wer ich sein möchte, sozialökologisch bewusst zu handeln und global zu denken. **Was hat Dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** Die heftige Mobilisierung der rechten Bündnisse in Chemnitz und in diesem Zusammenhang besonders auch die Menschen aus meinem Bekanntenkreis, die sich besagten Bündnissen angeschlossen haben. **Wenn Du Parteivorsitzende wärst...** Würde ich versuchen, so oft wie möglich einen anderen Kreis- oder Stadtverband zu besuchen, um die Mitglieder an der Basis kennenzulernen und gemeinsam stark zu sein. Auch in der Hoffnung, inspiriert zu werden und neue Energie zu tanken. **Was regt Dich auf?** Wenn das Glas mancher Menschen ständig halb leer, anstatt halb voll ist. Ebenso ständig gegen etwas, anstatt für etwas zu sein. **Wovon träumst Du?** Von einer Zukunft, in der jeder Mensch ein Verantwortungsbewusstsein für unseren Planeten und alle Lebewesen für selbstverständlich nimmt. **Wovor hast Du Angst?** Vor Menschen, die zu viele Ängste haben und postfaktisch alles schwarzmalen. Und noch mehr vor den Menschen, die diese Ängste bedienen. **Wie lautet Dein Lebensmotto?** Stay hungry, stay foolish. Bleib neugierig, bleib albern. (Steve Jobs) **Ich lebe im Erzgebirge, weil** ich hier geboren bin. Zwar habe ich im Ausland gearbeitet und mich überall schnell heimisch gefühlt, aber immer wenn ich auf Urlaub ins Erzgebirge kam, war ich einfach zuhause. Die Wiesen und Wälder, die frische Luft und die Ruhe sind wunderbar. Umringt von Freunden und Familie bin ich einfach glücklich. Manchmal muss man erst weggehen, um schätzen zu lernen, wie gut es einem eigentlich ging.

Karoline Loth ist Regionalkoordinatorin Südwestsachsen für DIE LINKE

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Das Wunder ist ausgeblieben

DIE LINKE in Bayern verpasst den Einzug in den Landtag, doch erfolglos war dieser Wahlkampf nicht



Die Spitzenkandidaten der bayerischen LINKEN: Eva Bulling-Schröter und Ates Gürpınar Foto: Moritz Walter

Zugelegt und trotzdem nicht im Parlament: So lautete das erste Fazit der bayerischen LINKEN nach der Landtagswahl vom 14. Oktober. Bei Max Steininger, dem Landesgeschäftsführer der LINKEN in Bayern, wollte trotz der 3,2 Prozent keine Katerstimmung aufkommen: »Wir freuen uns über die vielen Menschen, die mit uns eine soziale Verän-

derung, ein Mehr für die Mehrheit, eine Umverteilung des Reichtums und eine bessere Pflege erwirken wollen. Auch wenn es für das Wunder eines Landtageinzugs nicht gereicht hat: Wir haben dem widerständigen Bayern im letzten Jahr eine Stimme verliehen und wir werden den außerparlamentarischen Druck weiter aufbauen. Anfang 2020 steht bei den Kom-

munalwahlen die flächendeckende Verankerung der LINKEN in den bayerischen Kommunen an.« Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, bedankte sich am Wahlsonntag bei den Genossinnen und Genossen in Bayern für den »glänzenden und tollen Wahlkampf«. Keine Frage, so Riexinger, »wir wären gerne reingekommen,

ge und Migrantinnen und Migranten und der Übernahme von AfD-Positionen nicht punkten konnte.«

Fakt ist: Wie in vielen anderen Landesverbänden auch, so wächst DIE LINKE in Bayern stetig und kann sich über viele junge Neumitglieder freuen. Mittlerweile zählt der Verband mehr als 3100 Genossinnen und Genossen. »Wir sind stolz auf diesen Wahlkampf und die Partei«, sagte Steininger. »Egal ob jung oder alt: Wer die Welt verändern will, wer aktiv gegen Rechtsruck und für soziale Gerechtigkeit eintritt, ist bei uns willkommen. Als Wählerin oder Wähler und natürlich auch als Mitglied«, betonte Steininger. Allein seit der Bundestagswahl konnte sein Landesverband über 900 Neueintritte verzeichnen. »Im Verhältnis zur Bevölkerung sind wir aber immer noch der kleinste Landesverband«, räumt der Geschäftsführer ein. »Für einen Landtageinzug hätten wir heute die beste Wähler*innenmobilisierung gebraucht, die jemals ein Landesverband der LINKEN bei einer Landtagswahl erreichen konnte. Trotzdem hat DIE LINKE das widerständige Bayern zusammengeführt und in einem halben Jahr die politische Kultur in Bayern verändert. Wir haben gezeigt, dass DIE LINKE als Teil der sozialen Bewegungen in Bayern nicht nur über die Stöckchen der anderen springt. Nach der Wahl ist auf jeden Fall vor dem Volksbegehren. Wir wollen in der nächsten Stufe binnen zwei Wochen 900.000 Menschen mobilisieren, um einen Volksentscheid zu erzwingen, den es dann auch noch zu gewinnen gilt. Wir werden beim Thema Mieten weiterackern und uns auf die Kommunalwahlen 2020 vorbereiten. Danke an die vielen Genossinnen und Genossen, die das bis hierhin gemeinsam möglich gemacht haben. Vor allem an diejenigen, die nicht in die erste Reihe drängen, sondern solidarisch die Basisarbeit machen und unserer Partei damit Struktur und Rückgrat geben.« ◀



CSU	37,2	2013: 47,7	(-10,5)
SPD	9,7	20,6	(-10,9)
DIE LINKE	3,2	2,1	(+1,1)
Grüne	17,5	8,6	(+8,9)
Freie Wähler	11,6	9	(+2,6)
FDP	5,1	3,3	(+1,8)
AfD	10,2	-	(-)

denn der schwarze Landtag hätte einen roten Farbtupfer gut gebrauchen können, trotzdem zeigt bei uns der Trend nach oben. Verloren hat hingegen die Große Koalition. Die Parteien der Großen Koalition, die CSU und die SPD, haben eine deutliche Wahlschlappe erlitten. Und es hat sich zudem gezeigt, dass die CSU mit ihrer extremen Hetze gegen Flüchtlin-

den der schwarze Landtag hätte einen roten Farbtupfer gut gebrauchen können, trotzdem zeigt bei uns der Trend nach oben. Verloren hat hingegen die Große Koalition. Die Parteien der Großen Koalition, die CSU und die SPD, haben eine deutliche Wahlschlappe erlitten. Und es hat sich zudem gezeigt, dass die CSU mit ihrer extremen Hetze gegen Flüchtlin-

Die Bundesregierung ist eine Krisenregierung. In dieser Pleiten-, Pech- und Pannen-Koalition folgte auf einen schweren Start die Krise als Normalzustand. Kein Tag ohne Fehlentscheidungen und Streit. Existenzbedrohende Koalitionskrisen folgen aufeinander in atemberaubender Geschwindigkeit. Es ist die Krise konservativer Politik, aber auch einer Politik der SPD, die sich quasi selbst aufgegeben hat. Ob es die kleinste »große« Koalition noch geben wird oder ob »Heimat«-Horst Seehofer Berlin noch seine berufliche Heimat nennen wird, wenn ihr das hier lest, das kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Im Zentrum der Groko-Probleme stehen immer wieder die CSU-Minister, zumeist »Heimat«-Horst Seehofer, gegenwärtig der als Verkehrsminister getarnte Auto-Lobbyist mit CSU-Parteibuch, Andreas Scheuer. Scheuer sorgt dafür, dass die Autobosse am Betrug an den Diesel-Kunden nochmal verdienen. Auch für DIE LINKE stand der Freistaat Bayern aufgrund der Landtagswahlen im Mittelpunkt des Interesses. Unsere Genossinnen und Genossen haben engagierten Wahlkampf für bezahlbare Wohnungen, gute Löhne, menschenwürdige Pflege, Null-Tarif bei Bus und Bahn gemacht und um jede Stimme in jedem Winkel des größten Bundeslandes gekämpft. Als einzige Partei wollten wir Ministerpräsident Söder nicht an der Macht halten. Ihr wart großartig! Ganz herzlichen Dank deshalb bei unseren Mitgliedern, Unterstützerinnen und Unterstützern in Bayern und den helfenden Händen aus anderen Landesverbänden für diesen engagierten Wahlkampf!

Dieses Engagement macht mich sehr zuversichtlich für die anstehende Landtagswahl in Hessen. Unser Programm für die kommenden fünf Jahre trägt den Titel »MEHR FÜR DIE MEHRHEIT – Für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen« und ich hoffe, dass er wir es mit einer ge-



JÖRG SCHINDLER

Ein Herbst der Solidarität

stärkten Fraktion im hessischen Landtag vertreten werden. Es wäre der vierte (!) Einzug in das Landesparlament. Die Umfragen sind gut und die Stimmung vor Ort ist es auch, wie mir Genossinnen und Genossen von ihren Wahlkampfeinsätzen berichten. Wer am 28. Oktober das Wahlergebnis in Berlin im Kreise von Genossinnen und Genossen feiern möchte, ist herzlich zu unserer Wahlparty ab 17:30 Uhr in der Bundesgeschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus eingeladen – kommt vorbei!

Auch in Berlin haben sich große Dinge getan: Ganz in der Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses haben Zehntausende auf der #unteilbar-Großdemonstration ein wichtiges Zeichen für eine offene und freie Gesellschaft und für Solidarität statt Ausgrenzung gesetzt. DIE LINKE war natürlich mit dabei: Zahlreiche Mitglieder, Aktive aus der Basis und dem Parteivorstand, Bundestagsabgeordnete und Sympathisanten der LINKEN nahmen in einem lauten und bunten Block an der Demo teil. Die Demo lieferte mit ihrem bunten Erscheinungsbild ein passendes Abbild des breiten #unteilbar-Bünd-

nisses, dessen UnterstützerInnen-Liste lang ist: Mehr als 4.500 Organisationen und Einzelpersonen haben den Aufruf unterzeichnet. Darunter sind zahlreiche politische und zivilgesellschaftliche Organisationen, Musiker, Schauspieler, Autoren, Wissenschaftler sowie Attac, Amnesty International, Aufstehen gegen Rechts, Brot für die Welt, der Chaos Computer Club, Gewerkschaften, Kinderschutzbund, Mieterbund, das INKOTA-netzwerk, Die Ärzte, Die Sterne, Feine Sahne Fischfilet, Benno Fürmann, Jan Böhmmermann, Alba Berlin, Fußballvereine, Theater und viele andere mehr.

Die Liste ist lang, bunt gemischt und doch stehen alle für gemeinsame Ziele ein: für Solidarität und Menschenrechte, gegen Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsruck. Das #unteilbar-Bündnis will nicht Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausspielen lassen und sich gegen die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechte wehren. Damit erteilt #unteilbar den gegenwärtigen Teile-und-herrsche-Strategien eine klare Absage und lässt die Umrisse einer neuen fortschrittlichen Bewegung erkennbar werden. Es ist zu hoffen, dass es nicht beim Herbst der Solidarität bleibt, sondern dass der Widerstand gegen Neoliberalismus und Rechtsruck künftig zu allen Jahreszeiten stattfindet. Und DIE LINKE, wir alle, werden Teil davon sein. Das verspreche ich!

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE



Trauen wir uns!

Die Ära nach Merkel hat begonnen – höchste Zeit also, jetzt eine Regierung links von Union und AfD vorzubereiten **VON KATJA KIPPING**

Die Wahl zum Fraktionsvorsitz in der Unionsfraktion brachte es ans Licht: Angela Merkel hat im Zweifelsfall keine Mehrheit mehr in ihrer Fraktion. Ihr Vertrauter, Volker Kauder, ist der Union nicht mehr rechts genug. Inzwischen genügen wenige Worte, um diesen Rechtsruck zu skizzieren: Seehofer, Chemnitz, Maaßen. Ein Teil des politischen Systems, der Konservativen wie der Sicherheitsbehörden, befindet sich offenbar auf einer Rutschbahn nach rechts außen. Angela Merkels Kanzlerschaft wird immer offener in Frage gestellt. Damit stellt sich die Frage: Was kommt nach Merkel? Kippt Deutschland nach rechts, in Richtung eines schwarz-blauen Bündnisses von Neoliberalen mit rechtsradikalen Kräften? Oder nutzen wir diese Krise des Konservatismus für einen Macht- und Regierungswechsel von links, für eine Regierung gegen den Rechtsblock – und damit für die Option, eine andere Politik zur Durchsetzung zu bringen.

Auch wenn eine entsprechende Mehrheit gerade im Bundestag nicht vorhanden ist: Länder wie Berlin und Thüringen zeigen, dass es geht. Zudem wissen wir durch die Bewegungen um Bernie Sanders in den USA und um Jeremy Corbyn in Großbritannien, welche Begeisterung die Aussicht auf einen wirklichen Politikwechsel erzeugen kann. Viele Menschen sahen lange Zeit klammheimlich in Angela Merkel so etwas wie einen liberalen Stabilitätsanker gegen das Chaos in der Welt. Merkel war sozialpolitisch immer neoliberal, aber gesellschaftspolitisch eben nicht rechts. Spätestens seit der Seehofer-Affäre wissen wir aber, dass auch diese Zeit abläuft. In der Sache hat Merkel Seehofers flüchtlingsfeindliche Positionen politisch akzeptiert. Teilweise wird schon in der Union einer Koalition mit der AfD das Wort geredet. So gewann in Sachsen der Kandidat die Wahl zum CDU-Fraktionsvorsitz, der eine Koalition mit der

AFD ausdrücklich nicht ausschließt. Das zeigt: Die Union ist eine bröckelnde Volkspartei, die aus Angst vor den neuen Rechten nach rechts abdriftet. Die Beliebtheit, die Merkel weiter im liberalen Milieu genießt, speist sich im Wesentlichen aus der fehlenden Attraktivität einer fortschrittlichen Alternative links der Union. Inzwischen ist klar: Wer immer nur das Schlimmste verhindern will, wird es am Ende mit Sicherheit bekommen.

Mit dem »Merkelismus« werden weder die Mieten in unserem Land für die Mehrheit wieder bezahlbar,



Foto: Martin Heinlein

noch wird dadurch die Rente armutsfest oder der Niedriglohnsektor abgeschafft, geschweige denn der Klimawandel gestoppt oder die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft. Selbst demokratische Grundrechte wie der Schutz des Asylrechts werden nicht mehr ausreichend verteidigt. Ganz zu schweigen davon, dass die Früchte der Digitalisierung der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen könnten. Denn es fehlt im herrschenden Politikbetrieb nicht nur an neuen Ideen, es fehlt auch an Mut aus dem scheinbar alternativlosen »Weiter so« auszubrechen. Die sozi-

ale Spaltung und die Ohnmachtserfahrung gegenüber »denen da in Berlin« entladen sich daher in einer hemmungslosen Wut auf demokratische Grundwerte. Mit anderen Worten: Die Zeit des Wegmoderierens gesellschaftlicher Konflikte ist abgelaufen. Ebenso das politische Kleinklein des reinen Machterhalts. Eine »radikal-realistische Politik« gegen Armut, Klimawandel, Rüstungswettlauf und Rassismus durchzusetzen – das geht nur mit einer Mehrheit links der Union. Denn soziale Sicherheiten müssen für die Vielen greifbar sein, sonst bleiben die liberalen Freiheitswerte ein Privileg der Wenigen. Und damit Europa keine autoritäre Festung wird, muss es weit mehr als nur ein Markt werden: Ein Leuchtturm sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Freiheit in einer stürmischen Welt. Das markiert den gemeinsamen Fluchtpunkt einer linken Alternative zum Europa der Rechten.

Dass eine entsprechende gesellschaftliche Mehrheit keine Utopie ist, zeigen die aktuellen Bewegungen. Ob für den Frieden und gegen die Kohle, ob gegen autoritäre Polizeigesetze und für das Recht auf Rettung im Mittelmeer: Immer mehr Menschen wollen unser Land nicht kampflos den Rechten überlassen. Diese Bewegungen, ob nun »Seebrücke«, »unteilbar«, »ausgehetzt« oder auch die jüngst gegründete Initiative »aufstehen« sind vielfältig. Mitunter stehen sie – etwa in der Flüchtlingsfrage – auch programmatisch im Widerspruch zueinander. Insgesamt aber ist der Zuspruch zu ihnen Ausdruck einer Hoffnung auf andere Mehrheiten: Es gibt nicht nur Wut über den politischen Stillstand, es gibt auch eine reale Sehnsucht nach einem wirklichen Politikwechsel. Dies stellt einen Arbeitsauftrag an das gesamte progressive Lager dar: An Parteien wie Bewegungen, an Gewerkschaften wie den Kulturbetrieb, an Kirchen und Verbände, an Intellektuelle, Aktivistinnen und Aktivistinnen, an



Klare Opposition zur autoritären Formierung Foto: Martin Heinlein

SPD, Grüne und DIE LINKE. Natürlich: So ein Projekt wird in diesem Land nur gegen starke Widerstände mächtiger Interessengruppen und großer Teile der Eliten zu erreichen sein und es wird nicht die Verwirklichung aller nötigen Utopien bringen. Aber es wäre in einer Stunde der Gefahr ein großer Schritt in die richtige Richtung. Denn es ist nicht egal, welche Politik eine der stärksten Volkswirtschaften Europas verfolgt – nicht für die Menschen hier, nicht für die Menschen anderswo und auch nicht für unseren Planeten als Ganzen. Solch ein Macht- und Regierungswechsel von links, eine Regierung gegen den Rechtsblock, muss vorbereitet werden. Sie kann nicht einfach Ergebnis parteipolitischer Verhandlungen nach der Wahl sein, sondern braucht ein Fundament in der Gesellschaft selbst. Sie muss im Parlament ebenso vorbereitet werden wie auf der Straße, in den Betrieben und in den Stadtteilen. Sie muss verschiedene Perspektiven und unterschiedliche Milieus verbinden, gerade weil sich die fortschrittlichen Teile der Gesellschaft aus verschiedenen Horizonten und Erfahrungen speisen. Wir

sollten sie produktiv machen und dabei unsere unterschiedlichen Zugänge zu den verschiedenen Milieus für ein gemeinsames Ziele nutzen.

Fortschrittliche Mehrheiten

Natürlich: Für niemanden wird dies ein Spaziergang. Der Weg wird auch innerhalb der jeweiligen Parteien umkämpft sein. Bei der SPD, weil sie immer noch die vertraute Juniorpartnerschaft mit der Union dem unbekannteren Neuen vorzieht. Bei der LINKEN kommt hinzu, dass nicht wenige noch immer, aus durchaus nachvollziehbaren Gründen, prinzipiell skeptisch gegenüber Regierungsbeteiligungen sind. Doch nüchtern betrachtet müssen wir uns alle einer Tatsache stellen: Wenn wir verhindern wollen, dass auch Deutschland den Weg Österreichs, Ungarns oder Italiens geht, müssen wir andere Mehrheiten vorbereiten. Wenn wir der Ohnmachtserfahrung, aus der sich die Rechten speist, etwas entgegenzusetzen wollen, braucht es ein umfas-

sendes Projekt der gesellschaftlichen Veränderung; die Aussicht auf eine sozial-ökologische Wende; die realistische Hoffnung darauf, dass von links etwas möglich ist, dass den Kampf für soziale Sicherheit mit dem für die Freiheitsrechte verbindet.

Ich schlage deshalb eine Zusammenarbeit für fortschrittliche Mehrheiten vor. Es geht dabei um eine klare Opposition zur autoritären Formierung und den Anspruch, andere Mehrheiten links von AfD und Union zu erarbeiten. Im Wissen um ihre Unterschiede sollten die verschiedenen Akteure zusammenkommen und konstruktiv nach vorne diskutieren.

Der Psychoanalytiker Reimut Reich hat einmal gesagt: »Wenn wir uns in der Krise an das Alte klammern, kann nichts Neues entstehen.« In unseren Zeiten ist es für viele schon so schwer, an die Gegenwart zu glauben, dass sich eine gute Zukunft erst recht kaum jemand vorstellen kann. Aber wenn wir als progressiver Teil der Gesellschaft nicht einmal den Mut dazu haben, wer wird es tun? Ich schlage vor: Weigern wir uns, um die Gegenwart zu trauern. Trauen wir uns die Zukunft zu. Gemeinsam. ◀

Vergeblich gehofft

Warum ich nach 15 Jahren aktiver Mitgliedschaft von der SPD zur LINKEN wechselte
VON JAN SIEBERT

Der 4. März war kein schöner Tag für mich. Obwohl doch alles darauf hindeutete, dass sich die Mehrheit der SPD-Mitglieder für die Große Koalition entscheiden würde, hatte ich bis zuletzt Hoffnung auf eine Überraschung. Doch diese Hoffnung starb, als Olaf Scholz das Ergebnis der Mitgliederbefragung verkündete. Das Ja zur Großen Koalition hieß: Ich musste mich einer unbequemen Wahrheit stellen: Die SPD wird ihren politischen Kurs zwischen Verteidigung der neoliberalen »Reformen« und Abmilderungen sozialer Härten, die diesen Reformen folgten, nicht verlassen. Weiterhin für einen Kurswechsel zu streiten, erschien mir spätestens jetzt naiv. Wenn die herbe Wahlniederlage bei der Bundestagswahl kein Umdenken einleiten konnte, was dann? Selbst wenn sich die SPD nach weiteren Wahlpleiten zu einer Abkehr von der neoliberalen Politik durchringen sollte, würde das nur noch verzweifelt und dadurch unglaubwürdig wirken. Der Niedergang der SPD war und ist aus meiner Sicht nach dem 4. März 2018 wahrscheinlich nicht mehr aufzuhalten. Nach 15 Jahren aktiver Mitgliedschaft in der SPD ist so eine Erkenntnis sehr schmerzhaft. In dieser Zeit habe ich viel Arbeit und Herzblut in die Partei gesteckt. So hatte ich eine AG der Jusos in meiner Heimatstadt Selm gegründet und viele nette und engagierte Menschen kennenge-

lernt. Kurz gesagt: Der Parteiaustritt fiel mir sehr schwer. Doch mein Entschluss stand fest: Am 7. März 2018 habe ich die Austrittserklärung unterschrieben und verschickt.

Mein politisches Engagement wollte ich aber nicht ruhen lassen. In vielen inhaltlichen Punkten war mir DIE LINKE schon früher näher als die SPD. Da mein Zynismus auch noch nicht so groß war, um mich der Spaßpartei DIE PARTEI zuzuwenden, entschied ich mich dafür, in DIE LINKE einzutreten. In Deutschland und Europa gibt es eine große, wachsende Lücke für eine starke, linke Partei. Die Möglichkeit, dass DIE LINKE die SPD in den nächsten Jahren auch bundesweit überholt ist, nicht mehr unrealistisch. Bisher gelingt es der Partei noch nicht im großen Stil in die politische Lücke links der Mitte vorzudringen. Aus meiner Sicht muss die Partei dazu erkennbar wirksam werden, anstatt die bestehende, gute Beschlusslage aufzugeben. Es mag ermüdend sein, mehr als zehn Jahre das richtige, aber immer (fast) gleiche Programm zu vermitteln. Jedoch wäre es der falsche Weg, diese Positionen aufzugeben. Das gilt auch besonders für den Bereich der Migration. Ich sehe das Problem der Partei DIE LINKE eher in der fehlenden Wirksamkeit. Eine Stimme für DIE LINKE muss mit der realen Chance verbunden sein,

dass sich die Dinge dadurch in naher Zukunft verbessern. Es reicht nicht mehr, bloß die Stimme derer zu sein, die unzufrieden sind. Die Partei muss eine reale Machtperspektive entwickeln, um etwa Hartz IV nach der nächsten Wahl abzuschaffen, die Pflege real und signifikant zu verbessern, die Renten anzuheben und eine Vermögenssteuer einzuführen.

Bei aller berechtigter Verachtung gegenüber den (fehlenden) politischen Inhalten der Kampagne, aber der Erfolg der FDP-Strategie bei der Bundestagswahl 2017 zeigt auch, dass eine neue Verpackung Wunder bewirken kann. Wenn die alten, neoliberalen FDP-Konzepte im neuen (möchtegern-hippen schwarz-weiß) Gewand so positiv wirken, wie würde ein »Facelift« dann erst bei guten Inhalten wirken? Ich möchte ab jetzt jedenfalls dazu beitragen, dass DIE LINKE ihre Positionen wieder attraktiv präsentiert und reale Machtperspektiven für die Umsetzung ihrer Ziele aufzeigen kann. ◀

Jan Siebert ist 32 Jahre alt und lebt mit seinem Sohn und seiner Frau in Dortmund. Er arbeitet als Volkswirt an der Universität Duisburg-Essen und ist seit April 2018 Mitglied der Partei DIE LINKE. Zuvor war er 15 Jahre lang Mitglied der SPD. Zuletzt war er in der SPD Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos.

Hambi bleibt!

Der Kampf um den Hambacher Forst ist auch ein Kampf für Klimagerechtigkeit

VON LORENZ GÖSTA BEUTIN

Ich bin noch voll der Eindrücke von der Demonstration am Hambacher Forst, mit Bildern der vielen Menschen, die gemeinsam ein starkes Zeichen für Klimaschutz, Kohleausstieg und den Erhalt des Hambacher Forsts gesetzt haben. Es war wahrscheinlich die größte Klimademo mit über 50.000 Menschen, die Deutschland bis jetzt erlebt hat. Ein starkes Zeichen für den Kohleausstieg, ein starkes Zeichen für den sozial-ökologischen Wandel und den Erhalt des Hambacher Forsts. Der Hambi ist zum Symbol geworden. Das Ganze wäre nicht möglich gewesen ohne die Aktionen des zivilen Ungehorsams von »Ende Gelände«, die Beharrlichkeit und Entschlossenheit der Baumbewohnerinnen und Bewohner, die seit sechs Jahren den Wald besetzen. Derjenigen also, die die Proteste unterstützt haben: öffentlich, medial und auch auf juristischem Wege. Alle, die in der Vergangenheit versucht haben, den »friedlichen« Protest und die »Militanten« zu spalten, sind gescheitert. Protest, Aufklärung und konkrete Aktion gehen zusammen.

Im November letzten Jahres war ich das erste Mal im Hambi, auch auf Baumhäusern, habe mit den Menschen dort gesprochen. Es war kurz nachdem ein Gericht zum ersten Mal einen Rodungsstopp ausgesprochen hatte. Es war unheimlich spannend, dass es in dieser Bewegung eben nicht »nur« um den Wald geht, sondern das Bewusstsein da ist, dass diese Auseinandersetzung Teil der globalen Kämpfe um Gerechtigkeit, Solidarität und Emanzipation ist. Dass dort Diskussionen geführt werden um internationale Solidarität, Sozialismus und Anarchie, Antifaschismus, Antimilitarismus, Freiheit und Feminismus. Umso bitterer war es für mich, als ich im August zum Räumungsbeginn da war: die Reste der Baumhäuser, die verheerten Plätze, die Berge von geschreddertem Holz. Und das Wissen, dass im Zuge dieses

Wahnsinns ein Mensch das Leben verloren hat.

Die Landesregierung von NRW hat sich zum willigen Ausführungsorgan von RWE gemacht. Die Polizei hat diese politischen Entscheidungen exekutiert, teils widerwillig, wie sich aus den Statements der Polizeigewerkschaft lesen lässt. Wenn jetzt NRW-Ministerpräsident Laschet ein »Innehalten« einfordert, ist das lächerlich. Nein, gerade jetzt muss der Widerstand gegen die Kohlelobby vorangetrieben werden. NRW-Innenminister Herbert Reul muss als direkt Verantwortlicher für die Vorgänge im Hambacher Forst sofort zurücktreten. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts aus Münster zeigt, dass sich die Regierung in Düsseldorf zu jedem Zeitpunkt des Konflikts um den Hambacher Forst zum Erfüllungsgehilfen des privaten RWE-Energiekonzerns gemacht hat. Der angerichtete Schaden dieser öffentlichen Rechtsbeugung mit Ansage ist immens: Der größte Polizeieinsatz in der Geschichte NRWs, Millionenkosten für den Steuerzahler im dreistelligen Bereich, ein zerstörtes Vertrauen der Bevölkerung in Poli-

tik, Rechtsstaat und Polizei, ein toter Journalist, eine schwerverletzte Aktivistin, traumatisierte Demonstranten durch Polizeigewalt, verheizte Polizeibeamte, eine aufgebrachte Zivilgesellschaft, Millionen an Wertverlust von RWE-Aktien für Dutzende Kommunen und Städte, durch Ketensägen und Bulldozer zerstörte Natur und Landschaft. Auch muss RWE für alle entstandenen Kosten, sowohl für Polizeieinsatz und die Schäden an der Umwelt, aufkommen.

Außerdem fordert DIE LINKE einen Untersuchungsausschuss »Hambacher Forst«. Auf unterschiedlichen Feldern werden wir weiterkämpfen, gewonnen ist der Kampf noch nicht. Aber es war ein großartiger Zwischenerfolg auf diesem langen Weg. Ich werde dranbleiben, auch am 20. Oktober bei unserer Konferenz zum Strukturwandel in der Region und natürlich in Partei und Fraktion weiter Akzente setzen. Das Ringen um Klimagerechtigkeit ist Teil unserer emanzipatorischen Kämpfe. ◀

Lorenz Gösta-Beutin (MdB) ist Sprecher für Energie- und Klimapolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Gemeinsam für den Wald: Gösta Beutin (rechts) und MdB Hubertus Zdebel (mit roter Mütze) Foto: DIE LINKE



Sonderwirtschaftszone Ost

Der Bericht zum Stand der Deutschen Einheit ist Zeugnis der jahrelangen Benachteiligung der neuen Länder **VON MATTHIAS HÖHN**

Nicht nur die Wirtschaft in Ostdeutschland hinkt dem Westen hinterher; auch der Einheitsbericht ist nicht auf der Höhe der Zeit. Die Menschen in Ostdeutschland wissen ja längst, dass sie knapp 20 Prozent weniger verdienen. Sie wissen bereits, dass sie in Erfurt weniger Rentenansprüche erwerben als in Kiel. Und dass die jungen Leute in der Prignitz fehlen, dürfte seit 1990 auch niemandem entgangen sein. Ebenso, dass Großbetriebe in den neuen Ländern fehlen; die, die es hätte geben können, wurden doch oft von der Treuhand plattgemacht. Im Osten ist der Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien mit Händen zu greifen. Es geht nicht mehr allein um die Frage, wie groß der Abstand bei Renten, Löhnen, Wirtschaftskraft ist; es geht um den Abstand an sich, und es geht um die Zurücksetzung der Ostdeutschen, die sich seit 28 Jahren verfestigt, anstatt zu schwinden. Man muss den Leuten nur zuhören. Bei jedem größeren Familientreffen werden solche Gespräche geführt, und alle diejenigen, die alt genug sind, wissen beispielsweise, wer seit fast drei Jahrzehnten die Leitungs- und Topfunktionen in den neuen Bundesländern besetzt. Schauen wir uns mal Leipzig an – eine schöne Stadt. Der Oberbürgermeister ist in Siegen geboren. Die Rektorin der Uni kommt aus Kassel, der Sparkassendirektor aus Wuppertal. Die Chefin der Staatsanwaltschaft ist gebürtig aus Lindlar. Der Präsident des Landgerichts kommt aus Dillenburg, der Präsident des Amtsgerichts aus Osna-

brück. Nur aus Leipzig oder einer anderen ostdeutschen Stadt kommt in dieser Liste niemand, und die Leute haben das satt.

Niedriglohn statt Aktien

Es geht bei dieser Frage nicht um die Fähigkeit des Einzelnen, obwohl man auch sagen muss, dass nach 1990 nicht immer nur die Besten in den Osten gekommen sind. Es geht darum, dass es zur Regel geworden ist und darum, dass Ostdeutsche fast keine Chance haben, in der eigenen Region Spitzenfunktionen einzunehmen – und noch gravierender ist, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Die Leute haben nicht vergessen, wie viele Glücksritter in den 90er-Jahren kamen und nach den Filetstücken schnappten, und da geht es natürlich auch um eine Verkettung mit den Erfahrungen mit der Treuhand. Die Ostdeutschen haben die Demokratie gewählt, erkämpft – und die Treuhand gleich noch mit bekommen. Da war schon wieder Schluss mit der Mitbestimmung, um die es eigentlich ging. Aus einer Volkswirtschaft wurde über Nacht eine Altlast, und aus Kollektiven wurden Arbeitslose. Im Osten ist kein Stein auf dem anderen geblieben

Vom Kahlschlag der Treuhand hat sich die Wirtschaft im Osten bis heute nicht erholt

Foto: Pixabay

nach 1990. Der Umstieg auf die Privatwirtschaft war sicherlich die bittere Stunde der Wahrheit hinsichtlich Produktivität und Effizienz der DDR-Wirtschaft, aber es gab eben auch die Bereinigung der Ostwirtschaft im großen Stil, um Platz zu machen für die westdeutsche Konkurrenz. All dies gehört endlich öffentlich aufgearbeitet! Was damals zerschlagen wurde, hat – daran hat sich nicht viel geändert – den Osten ein Stück weit zu einer Sonderwirtschaftszone gemacht.

Es ist immer noch Tatsache, dass 30 Prozent im Osten nur von Niedriglöhnen von unter zehn Euro leben. Der Durchschnittsverdienst für Vollzeitbeschäftigte liegt bei 2.700 Euro. In Westdeutschland verdient man im Schnitt 600 Euro mehr. Dagegen gibt es immer wieder den Einwand: Ja, die Miete und der Restaurantbesuch seien in Jena viel günstiger als in München. Aber es geht dabei nicht nur um einen Abend mehr oder weniger im Restaurant; es geht um andere Größenordnungen. Laut Deutschem Aktieninstitut besaßen 2017 in Magdeburg ein Prozent der Bürgerinnen und Bürger Aktien. In Hamburg-Harburg waren es 35 Prozent, in Starnberg in Bayern 66 Prozent. Das Nettogeldvermögen in Ostdeutschland lag 2016 bei der Hälfte der Einwohner unter 25.000 Euro; in Süddeutschland lag diese Grenze bei über 100.000 Euro. Das ist kein Abendessen mehr; das ist das ganze Restaurant! ◀

Matthias Höhn, (MdB), ist Ostbeauftragter der Bundestagsfraktion DIE LINKE



Chronik eines Skandals

Wie die Autoindustrie Bürger und Politik in Deutschland hinters Licht führte und damit durchkam **VON HERBERT BEHRENS**

Der lautstark geführte Streit darüber, wie Fahrverbote für Diesel-Pkw vermieden werden können, verdeckt den dahinter liegenden Skandal. Die Bundesregierung verweigert Maßnahmen gegen den fortgesetzten Abgas-Betrug und die dahinter liegenden Strukturen. Die Linksfraktion hat ihre Schlussfolgerungen aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages in einem Sondervotum zusammengefasst. Mit deren Umsetzung würde erstens die Bevölkerung vor den gesundheitlichen Schäden durch überhöhte Schadstoffe in der Atemluft geschützt. Es würden zweitens Milliarden Euro zusätzlicher Einnahmen generiert und drittens die finanziellen Schäden der Dieselfahrer reduziert. Und schließlich würde die politische Verantwortung nicht mehr unter das Patronat der Konzerne gestellt werden. Nach Berechnungen der Organisation »Environmental Health Analytics (LLC)« starben allein im Jahr 2015 in der EU 11.400 Menschen vorzeitig aufgrund überhöhter Stickoxide aus Dieselausgasen. Auch die neue Regierungskoalition weigert sich, Steuerausfälle gegenüber den Autokonzernen geltend zu machen. In den Jahren 2011 bis 2013 subventionierte die Bundesregierung 127.000 angeblich saubere Diesel mit 150 Euro Steuernachlass je Fahrzeug. Ein Großteil hält den Euro-6-Grenzwert für NOx

von 80 mg/km im Realbetrieb nicht ein.

Drohende Fahrverbote und gesunkene Wiederverkaufswerte schädigen die Autobesitzer enorm. Für Österreich errechneten die dortigen Behörden bei einem Bestand von rund 1,5 Millionen Diesel-Pkw einen Schaden in Höhe von 5,56 Milliarden Euro. In Deutschland sind 15 Millionen Diesel-Pkw unterwegs. Der Einfluss der Automobilkonzerne auf Entscheidungen der Bundesregierung ist immer noch groß. Auch der dritte CSU-Verkehrsminister in Folge ist ein treuer Vasall, gestützt von der murrenden, aber nicht gegensteuernden SPD-Fraktion im Bundestag. Doch grundlegende Veränderungen in der Verkehrs- und in der Umweltpolitik wird es nur mit der Begrenzung der Macht der Konzerne geben.

Verbotene Software

Ein Blick zurück zeigt die ganze Dimension des Skandals und die kriminelle Energie der Konzerne: Am 3. September 2015 geben Verantwortliche von Volkswagen Group of America gegenüber der kalifornischen Umweltbehörde CARB und der US-Umweltbehörde EPA zu, eine verbotene Software eingesetzt zu haben, mit der die Abgaswerte von Dieselmotoren manipuliert worden sind. VW gesteht

den Betrug. Außergerichtliche Vergleiche mit Autobesitzern und Strafzahlungen an den Staat kosten dem Konzern 23 Milliarden Dollar. Am 22. September 2015 dann ein weiteres Geständnis von VW: Insgesamt elf Millionen Fahrzeuge sind weltweit mit einer Manipulations-Software ausgerüstet. Fortan entwickelte sich der VW-Skandal zu einem Abgasskandal deutscher und internationaler Automobilkonzerne ungeahnten Ausmaßes.

Im Mai 2016 gibt Opel zu, dass die Abgasreinigung bei einigen Modellen erst ab einer Temperatur 17 Grad Celsius vorschriftsmäßig arbeitet. Im Juni 2017 erklärt Daimler, »freiwillig« rund drei Millionen Diesel-Pkw mit einer neuen Software auszustatten, um den Stickoxid-Ausstoß zu reduzieren. Im Mai 2018 ruft Audi 910.000 Fahrzeuge der Euro-6-Klasse zurück, wegen »Auffälligkeiten« bei der Abgasreinigung. 33.000 Fahrzeuge muss Audi aufgrund einer Weisung des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) zurückrufen. Der Grund: Verwendung unzulässiger Abschaltvorrichtungen. Im März 2018 ordnet das KBA den Rückruf von 11.700 BMW-Fahrzeugen wegen der Verwendung einer unzulässigen Abschaltvorrichtung an. ◀

Herbert Behrens, Bundestagsabgeordneter von 2009 bis 2017, leitete den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss »Abgasskandal«.

Der erste Völkermord

Die Verbrechen der deutschen Kolonialmacht in Deutsch-Südwest dürfen nicht in Vergessenheit geraten VON HELIN EVRIM SOMMER

Foto: Pixabay

In diesem Spätsommer konnte ich der Übergabe von geraubten Gebeinen der Herero und Nama in der Französischen Friedrichstadtkirche beiwohnen. Der Zeremonie war ein unwürdiges Geschacher um die Bedingungen und Umstände dieser längst überfälligen Entschuldigungsgeste vorangegangen. Ein typisches Beispiel für den bis heute skandalösen Umgang mit diesem grauenhaften Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte. Zwischen 1904 und 1908 kam es in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika zum ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, einem Vernichtungsfeldzug der kaiserlichen »Schutztruppe« gegen die Herero und Nama. Er markierte den Auftakt eines Jahrhunderts, das durch Massenvernichtungen, »ethnische Säuberungen«, Vertreibungen und Völkermorde gekennzeichnet war. Gegen die deutsche Kolonialverwaltung organisierte sich zu Beginn des Jahres 1904 der Widerstand der Herero, der in einen offenen Krieg mündete. Nach der militärischen Niederlage der Herero flohen zehntausende Männer, Frauen und Kinder vor den deutschen Truppen in die Omaheke-Wüste. Dort sollten sie, so der Plan des deutschen Generals Lothar von Trotha, verdursten. Am 2. Oktober 1904 gab dieser schließlich den folgenden Vernichtungsbefehl: »Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen.«

Aus Sicht des Deutschen Kaiserreichs handelte es sich bei dem Konflikt um einen Kampf der »Rassen«. Daher billigte der deutsche Generalstab ausdrücklich die »Vernichtung oder vollständige Knechtung« der Herero. Im April 1905 folgte ein zweiter Vernichtungsbefehl, der sich gegen die Nama richtete. Der Befehl ziel-

te darauf ab, die ökonomischen Existenzgrundlagen der Überlebenden zu zerstören. Dafür konfiszierte man das Land der traditionell von der Viehzucht lebenden Herero und Nama. Der Besitz von Pferden und Rindern wurde verboten. Die Landenteignung durch die deutsche Kolonialherrschaft führte zu einer extrem ungleichen Landverteilung im heutigen Ost-, Zentral- und Südnamibia. Dennoch hat es bis heute keinen offenen Dialog über konkrete Versöhnungsschritte zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias sowie den Opferverbänden gegeben. Stattdessen hat die Verdoppelung der deutschen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia eine rege Diskussion in dem südostafrikanischen Land ausgelöst. Dabei geht es um die Frage, ob einseitige Hilfsleistungen in diesem Fall der richtige Ansatz sein können. Eine echte »Wiedergutmachung« beginnt mit der Anerkennung eines Anspruchs der Opfer, für das von ihnen erlittene Unrecht entschädigt zu werden.

Wegen der ignoranten Haltung der Bundesregierung haben Vertre-

terinnen und Vertreter der Herero und Nama im Januar 2017 eine Sammelklage gegen die Bundesrepublik Deutschland an einem New Yorker Gericht eingereicht. Die deutsche Regierung sieht die Klage wegen des Grundsatzes der Staatenimmunität als unzulässig an und hat bereits mehrmals die Annahme der Klageschrift verweigert. Vor diesem Hintergrund haben wir in der Linksfraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag mit folgenden Kernforderungen erarbeitet: Erstens: Die Bundesregierung und der Deutschen Bundestag müssen sich der Verbrechen des Deutschen Kaiserreichs in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika erinnern. Zweitens: Deutschland muss die Schwere der Schuld anerkennen, die wir mit der kolonialen Unterdrückung und Vernichtung der indigenen Bevölkerungsgruppen der Herero und Nama auf uns geladen haben. Drittens: sich vorbehaltlos zur Schuld für den Völkermord zu bekennen, um Entschuldigung zu bitten, und der daraus resultierenden Verantwortung und Verpflichtung umfassend nachzukommen. Au-



Sterbliche Überreste zweier Opfer des Völkermords in der Friedrichstadtkirche

Foto: DIE LINKE

**Protest gegen die Abwehrhaltung
der Bundesregierung:
Helin Evrim Sommer (Mitte)
mit Angehörigen der Herero
und Nama**

Foto: DIE LINKE

Berdem gilt es den 2014 zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Republik Namibia begonnenen Dialogprozess mit dem Ziel der Versöhnung fortzuführen, und hierbei auch die selbst gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Nachfahren der vom Völkermord betroffenen Bevölkerungsgruppen in die Verhandlungen miteinzubeziehen.

Im Rahmen dieses Dialogprozesses fordern wir die Einrichtung eines Strukturausgleichsfonds. Der Fond soll dazu dienen, die aus der deutschen Kolonialzeit resultierenden strukturellen Benachteiligungen – insbesondere hinsichtlich der Landfrage und der unzureichenden Infrastruktur – auszugleichen. Um eine angemessene finanzielle Ausstattung des Strukturausgleichsfonds sicherzustellen, muss dafür gesorgt werden, dass diejenigen Unternehmen bzw. Rechtsnachfolger, die von Zwangsarbeit, Enteignungen und Vertreibungen in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika profitiert haben, sich an der finanziellen Ausstattung des Strukturausgleichsfonds angemessen beteiligen.

Die Vertreibungen der indigenen Bevölkerungsgruppen und die Aneignungen von Ländereien und Viehbeständen sowie Enteignungen haben bis heute eine ungerechte Landverteilung zur Folge. Insbesondere den Herero und Nama fehlen die Mittel, um Land zu erwerben oder auf andere Weise die historischen Verluste wettzumachen und sich eine eigenständige wirtschaftliche Grundlage wieder anzueignen. Die Versöhnungsinitiativen sollten hier ansetzen, um diese aus der Kolonialzeit resultierenden strukturellen Nachteile auszugleichen und die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Vertriebenen aus den namibischen Nachbarstaaten zu schaffen. Zusätzlich bin ich der Meinung, dass die deutsche Kolonialgeschichte und die damit ver-



bundenen Verbrechen weiter kritisch aufzuarbeiten sowie die in der Gegenwart immer noch vorhandenen kolonialen Prägungen der deutschen Gesellschaft einer selbstkritischen Reflexion zu unterziehen sind. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für die Errichtung eines Denkmals in zentraler Berliner Lage ein, das zur öffentlichen Erinnerung an die deutschen Kolonialverbrechen und die Opfer von Versklavung, Kolonialismus und rassistischer Gewalt erinnert. Dies sollte durch die Gründung einer Stiftung auf Bundesebene begleitet werden, deren Zweck es ist, in Deutschland das Verantwortungsbewusstsein für Kolonialismus und Rassismus zu stärken.

Ende August hatte ich auch die Möglichkeit, eine Gruppe von Vertretern der Herero und Nama zu treffen. Der Besuch gab mir die Gelegenheit meine Position und die unserer Fraktion darzustellen und sich mit den Angehörigen darüber auszutauschen. Dabei wies ich auf die Notwendigkeit hin, den Prozess zur »Entschädigung« unter direkter Einbeziehung der unmittelbar betroffenen Volksgruppen zu organisieren. Meine Gäste betonten, wie wichtig es sei, dass dabei auch die vielen Vertriebenen in den Nachbarstaaten Namibias berücksichtigt werden. Nur dadurch könne die Voraussetzung für eine Repatriierung dieser Opfer geschaffen werden. Dies zu erreichen, sei eine der zent-

ralen Forderungen der Delegation in allen ihren Gesprächen. Die Einrichtung eines Strukturausgleichsfonds, wie er in unserem Antrag gefordert wird, sei daher von besonderer Bedeutung. Sie betonten dabei, dass die durch deutsche Förderung finanzierte Infrastruktur, also etwa Krankenhäuser, natürlich allen Volksgruppen offenstehen würden.

Wir haben daher Ende September 2018 den Antrag in den Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit eingebracht, der leider von der Regierungsmehrheit aus CDU/CSU und SPD abgelehnt wurde. Wir werden uns davon aber nicht beirren lassen. Auch wenn es eine echte Wiedergutmachung solcher Verbrechen nicht geben kann: Ein öffentliches Bekenntnis der deutschen Bundesregierung und des Parlaments wäre ein erster wichtiger Schritt zur Übernahme von Verantwortung.

Die Erinnerung an den Völkermord ist tief im Bewusstsein der Menschen in Namibia verankert, seine Spuren und Narben sind bis heute sichtbar. Das Gedenken an die deutschen Verbrechen ist Teil des namibischen Geschichtsbewusstseins. In Deutschland ist dies bis heute kaum der Fall. Es wird höchste Zeit, das zu ändern. ◀

Helin Evrim Sommer (MdB) ist
entwicklungspolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion DIE LINKE

Auf Vorposten in Europa

Seit 2012 steht Gabi Zimmer an der Spitze der Linksfraktion. Die Bilanz der von ihr geführten GUE/NGL kann sich sehen lassen **VON UWE SATTLER**

In der kleinen Gesprächsecke ihres Brüsseler Büros hängt eine Reproduktion des Streetart-Künstlers Banksy. Das Bild zeigt ein Mädchen, das eine Losung auf eine Wand schreibt: »Wenn man ein Lüge oft genug wiederholt, wird sie Politik.« Fast jeder ihrer Besucher lasse sich unter dem Bild fotografieren, erzählt Gabi Zimmer. »Die Aussage widerspiegelt ja sehr direkt das, was wir derzeit von rechten Kräften und Regierungen in der Europäischen Union erleben«. Besucherinnen und Besucher hat die Chefin der Linksfraktion im Europäischen Parlament, die den etwas sperrigen Namen Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) trägt, reichlich. Verständlich, hat die Fraktion doch insgesamt 51 Abgeordnete, die aus 14 EU-Staaten kommen und zwei Dutzend unterschiedlichste politische Parteien und Gruppierungen vertreten – vom portugiesischen Bloco de Esquerda über die französische Front de Gauche und die niederländische Partei für die Tiere bis zur deutschen LINKEN.

Die Erfahrungen mit der EU und die Vorstellungen darüber, wie sich »Europa« weiter entwickeln sollte, sind teilweise sehr unterschiedlich. Etwa in der Frage, wie viel Nationales es in Europa geben müsse. Oder ob Demokratie tatsächlich nur auf nationaler Ebene möglich ist und sie nicht mit der europäischen Ebene verknüpft werden könne und müsse. Zudem haben die Abgeordneten natürlich auch die Spezifik ihrer jeweiligen Heimatländer im Blick. Wie etwa jene finnische Parlamentarierin, die bei der Einschränkung von Lenkzeiten von Lkw- und Busfahrern eine dezidiert andere Meinung als die Fraktion hatte – schließlich sind die Fahrstecken in Skandinavien deut-

lich länger als jene beispielsweise in Mitteleuropa. »Alles, was es in der Linken an unterschiedlichen Vorstellungen zu Europa gibt, ist bei uns in der Fraktion existent. Und es ist nicht immer einfach, dort wirklich die Balance zu finden und das in den Vordergrund zu stellen, was uns wirklich zusammenhält als linke Fraktion«, konstatiert Zimmer. Dazu gehöre die Frage, wie die fortschreitende Rechtsentwicklung in Europa zurückgedrängt werden kann. »Rechtsextremismus und Antisemitismus, das sind im Moment sehr große Herausforderungen. Wir setzen uns gemeinsam für eine humanistische EU-Politik ein, eine europäische Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, die eben verhindert, dass Menschen im Mittelmeer sterben müssen. Und dafür, dass Solidarität wieder in dem Sinne interpretiert wird, wie es der Begriff meint«, sagt die Fraktionschefin. Es sei eben keine Solidarität, wenn zum Beispiel Ungarn geholfen werden soll, seine Außengrenzen zu befestigen.

Besonders am Herzen liegt der Fraktionschefin der Einsatz für die Umwandlung der EU in eine soziale Union, ein wesentliches Element auch im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Aus den Bürofenstern der LINKEN im Brüsseler Parlamentsgebäude, dort sitzt auch Zimmer, kann man auf den Place du Luxembourg sehen. Auf dem Platz vor dem Haupteingang des Parlaments finden nahezu regelmäßig Proteste gegen die unsoziale Politik der EU statt. »Über 120 Millionen Menschen in der EU leben in Armut, Millionen arbeiten unter schlechten Bedingungen für schlechte Löhne«, berichtet Zimmer. »Die EU muss das Leben der Menschen verbessern, statt ihnen zu schaden«. Die Säule der sozialen Rechte, die ein So-

zialgipfel Ende 2017 verabschiedete, hält sie für eine Mogelpackung mit unverbindlichen Versprechen. Stattdessen müssten soziale Rechte endlich in die Europäischen Verträge geschrieben und wirksame rechtliche Regelungen erlassen werden. »Wir brauchen soziale Mindeststandards innerhalb der Europäischen Union«, fordert sie.

Der Weg Gabi Zimmers ins Europäische Parlament verlief nicht geradlinig. Vor ihrem Einzug in die EU-Volksvertretung 2004 war sie unter anderem PDS-Landesvorsitzende in Thüringen, stellvertretende Parteivorsitzende und seit Oktober 2000, als Nachfolgerin von Lothar Bisky, Bundesvorsitzende der PDS. Im Jahr 2004 zog Zimmer ins EU-Parlament ein. Es war ein kleiner Kulturschock für sie. »Ich habe gemerkt, wie eng mein Blick vorher auf das Nationale gerichtet war, und wie sehr es auf mich selbst ankommt«. Denn einer der wesentlichen Unterschiede des Europaparlaments beispielsweise zum Bundestag ist, dass für Entscheidungen oft Bündnisse auch über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg gesucht werden müssen. Das habe sie gerade im Entwicklungsausschuss erlebt, in dem sie nach ihrer Wahl ins Europaparlament arbeitete. Sie habe dort viel gelernt, gerade was den Blick über Europa hinaus angeht. Im März 2012 war es abermals Lothar Bisky, dem sie nachfolgte. Bisky hatte seine Funktion als Fraktionschef der Linken im Europaparlament aufgegeben, ausdrücklich auch mit Verweis auf den Zwist in der GUE/NGL. Der frühere Vorsitzende der LINKEN und der Europäischen Linkspartei hatte seiner Nachfolgerin einen wesentlichen Tipp mit auf den Weg gegeben: Nerven behalten.



Fahrplan zur Europawahl

4. November 2018: Regionalkonferenz in Mannheim zur Diskussion des Programmentwurfs

10. und 11. November 2018: Diskussion des ersten Entwurfs des Europawahlprogramms im Parteivorstand

17. und 18. November 2018: Sitzung des Bundesausschusses in Berlin, Beschlussfassung über einen Personalvorschlag für die Liste zur Europawahl

24. November 2018: Regionalkonferenz in Berlin zur Diskussion des Programmentwurfs

2. Dezember 2018: Regionalkonferenz in Bielefeld zur Diskussion des Programmentwurfs

8. und 9. Dezember 2018: Verabschiedung des Leitetrags an den Europawahlparteitag (Entwurf des Wahlprogramms) durch den Parteivorstand

8. Februar 2019 (geplant): Antragsschluss für Änderungsanträge zum Leitetrags an den Europawahlparteitag (Entwurf des Wahlprogramms)

23. und 24. Februar 2019 (geplant): Europawahlparteitag in Bonn, Verabschiedung des Wahlprogramms und Aufstellung der Kandidatenliste

www.die-linke.de/regionalkonferenzen

Tatsächlich ist die Tatsache, dass die Fraktion zusammenhält und trotz der teilweise heftigen Debatten eine konstruktive Sacharbeit geleistet wird, wesentlich der 1955 in Berlin geborenen Zimmer zu danken. Sie gilt als der eher nüchterne Typ, der zielgerichtet auf ein Ergebnis hinarbeitet. Als der Hamburger Parteitag im Februar 2014 die studierte Sprachwissenschaftlerin an die Spitze der Europalisten wählte, fielen keine Luftballons von der Decke wie fünf Jahre zuvor bei Lothar Bisky, auch einen Tusch gab es nicht. Die Regie wuss-

te, dass Zimmer so etwas nichts abgewinnen kann. Ein schnelles Lächeln huschte über ihr Gesicht, das war's, die Arbeit konnte weitergehen.

Inzwischen kann die GUE/NGL-Fraktion einiges an Erfolgen vorweisen. »Wir haben sehr aktiv die wichtigsten Entscheidungen zum Datenschutz mit beeinflusst. Wir haben aktiv daran mitgewirkt, dass das Europaparlament eine mehrheitliche Position zur Reform von Dublin-Regelungen zur Asyl- und Migrationspolitik eingenommen und sich dafür ausgesprochen hat, dass es lega-

le Wege in die EU geben muss sowie für eine solidarische Umverteilung der ankommenden Menschen zwischen den Mitgliedsländern«, führt Gabi Zimmer als Beispiele an. Auch daran, dass es heute Mehrheiten im EU-Parlament dafür gibt, soziale Mindeststandards, Mindesteinkommen beziehungsweise einen Mindesteinkommensrahmen innerhalb der Europäischen Union einzuführen, habe die Linksfraktion einen großen Anteil. »Die Brexit-Verhandlungen würde ich auch bei uns auf der Haben-Seite sehen. Weil insbesondere die Position, die die Verhandler inzwischen zu Nordirland und zur Bewahrung des Karfreitagsabkommens sehen, wesentlich von uns mit hineingetragen wurde, ebenso die Frage der Bürgerrechte.« Auch bei den EU-Handelsverträgen hätten die Linken nicht ohne Erfolg dafür gewirkt, soziale oder ökologische Standards festzuschreiben.

Optimistisch ist Gabi Zimmer, dass sich die Zusammenarbeit insbesondere der Delegation der LINKEN mit Berlin verbessern wird. Die sieben Abgeordneten in Brüssel werden sich aktiv in die Erarbeitung des Europawahlprogramms einbringen können. »Das ist ein Fortschritt, den ich ausdrücklich benennen möchte«, sagt sie. Zum Abschneiden der Linken bei den Europawahlen im Mai kommenden Jahres mag die GUE/NGL-Chefin jedoch keine Prognose abgeben. Vermutlich auch, weil die europäischen Linken im Moment eher ein zersplittertes Bild abgeben. Sicher ist sich Gabi Zimmer indes, dass die nächste Linksfraktion im EU-Parlament wegen der vielen unterschiedlichen Positionen erneut konföderal sein wird. Sie selbst jedoch wird dieser nicht mehr angehören, sie will ihren Platz nun Jüngeren überlassen. ◀



Rückkehr des Faschismus

In ihrem neuen Buch warnt die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright eindringlich vor Hetzern und Demagogen **VON WOLFGANG TRIEBEL**

Faschismus ist für viele Menschen Hitlerdeutschland mit Konzentrationslagern und Judenmord. Am Ende des Zweiten Weltkrieges schienen der deutsche und der italienische Faschismus überwunden. Die BRD-Obrigkeiten haben das stets behauptet. Nun nennt die linksunverdächtige frühere Außenministerin der USA Madeleine Albright ihr neues Buch: »FASCHISMUS – EINE WARNUNG«. Sie sieht in rechtsradikalen internationalen Bewegungen Merkmale des Faschismus. Sogar in »Ländern mit demokratischen Systemen« (USA, BRD, andere EU-Staaten) erkennt sie »Wege zum Faschismus« und fordert »eine intelligente Diskussion über die Anzeichen zum Faschismus«. Solche Forderung hätte primär von Linken auszugehen müssen, prangern sie Neonazis in der BRD doch seit langem an. Den Begriff Faschismus verwenden die politischen Eliten der BRD seit dem Ende der »Entnazifizierung« 1949 nur selten. Sie bevorzugen rechtsradikal und linksradikal. Das Gesetz 131 von 1950 legalisierte die Tätigkeit von Nazibeamten in der BRD-Regierung. Das Nazitum wurde konserviert.

Die Deutsche Geschichte vor 1933 lehrt: Die Gefahr von rechts können Linke nicht allein abwehren. Linke können auch heute einen neudeutschen Faschismus nicht allein aufhalten. Alte wie junge Rädelsführer radikaler politischer Organisationen großen antikommunistische Naziparolen, verbreiten Russlandhass wie früher Antisowjetismus und säen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Bei Hitler schrien braune Horden »Juda verrecke«, damals Staatsdoktrin. Gegen Flüchtlinge unserer Tage aus Afrika und Arabien rufen faschisierte Jugendliche: »Lasst sie ersaufen«. AfD, Pegida, Reichsbürger und weitere derartige Vereine marschieren durch unsere Städte und verbreiten Angst. Wer Hakenkreuz und Hitlergruß zeigt und das Nazi-Vokabular gebraucht, wird zu Recht Neo-

faschist genannt. Und unser demokratischer Staat? Die Bundesregierung duldet eine Neuauflage von Hitlers »Mein Kampf«. Die Bevölkerung muss den Widerstand gegen Neonazis selbst organisieren. Auftritte von Alt- und Neonazis dürfen keinem Deutschen gleichgültig sein.

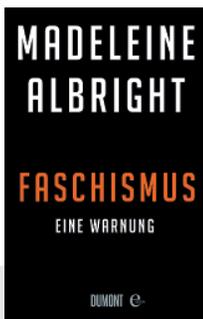
Zwei Arten von Faschismus

Frau Albright (geb. 1937) ist nach dem Einmarsch der Nazis im Frühjahr 1939 in Prag mit ihren Eltern nach London geflüchtet. Sie beschreibt Mussolini in Italien und Hitler als skrupellos und gewalttätig und ihre Parteien als Instrumente »zur Rettung des Kapitalismus«. Sie hat Faschismus als menschenfeindlich und mörderisch erlebt. Die junge Generation im 21. Jahrhundert kennt Faschismus nur aus Schulbüchern. Frau Albright stellt fest, »...Faschismus ist tatsächlich in Mode gekommen und schleicht sich wie eine Schlingpflanze in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs ein«. Sie fragte ihre Doktoranden: »Was nun ist Faschismus wirklich?« Sie

nannten »eine Mentalität ›wir gegen sie« (die Obrigkeit), »nationalistisch, autoritär, antidemokratisch«, gewalttätig. Gefragt wurde, »warum Faschismus fast immer als rechtsgerichtet betrachtet wird«.

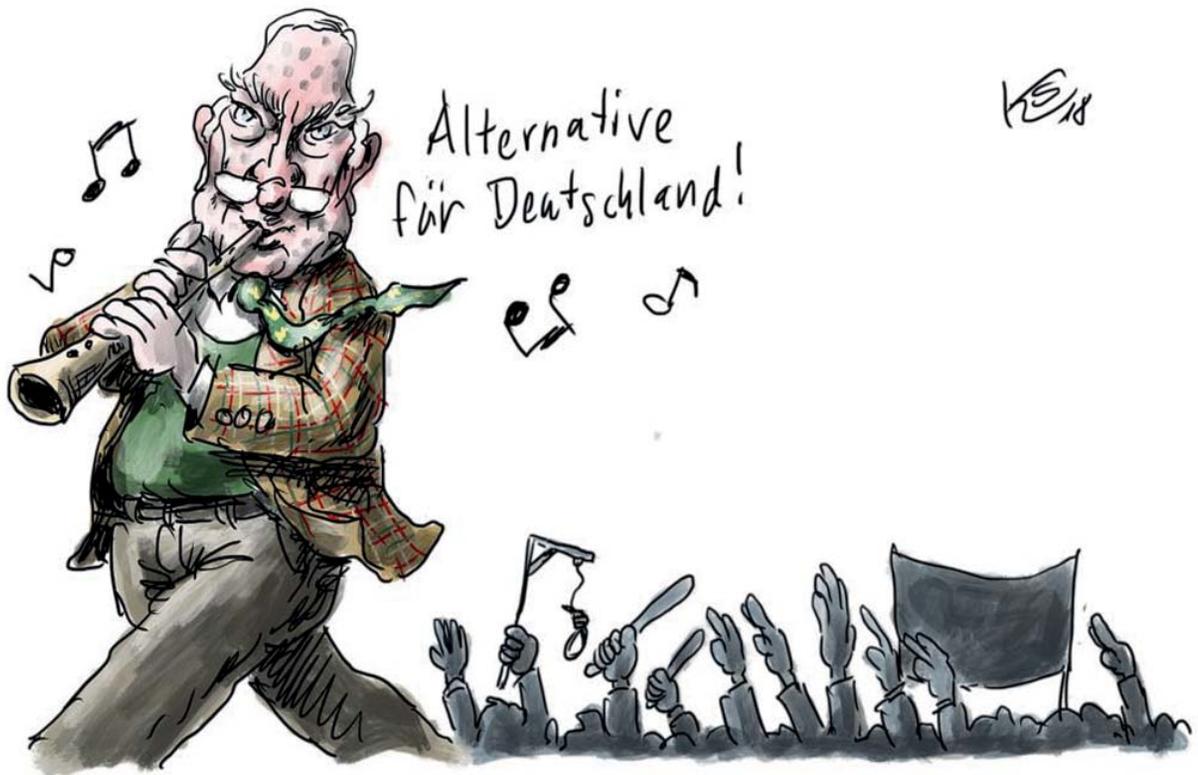
Man sollte, schreibt sie, »Faschismus vielleicht weniger als politische Ideologie, ... sondern eher als Mittel zur Erringung von Macht und deren Erhalt« betrachten. Faschismus sei Gewaltherrschaft zur Vermehrung von Macht, darum ginge es den »Reichen und Mächtigen, ... die viel zu verlieren haben«, weniger »dem Mann und der Frau auf der Straße, ... die überhaupt nichts haben«. Mussolini und Hitler gaben sich vor ihrer Machteroberung demagogisch als »Sozialreformer«. Beide, »legitim« ins Amt gelangt, haben die Arbeitslosigkeit eingedämmt (Autobahn, Aufrüstung, Arbeitsdienst) und das Leben in einer »Volksgemeinschaft« suggeriert. Hitler machte den 1. Mai zum »Tag der Arbeit«. Auch die heutigen neofaschistischen Anführer beziehen ihre demagogischen Argumente »aus dem Unmut von Männern und Frauen« über sich verschlechternde Lebensverhältnisse. »Auf diese Art und Weise«, schreibt Frau Albright, »dringen die Tentakel des Faschismus ins Innere einer Demokratie ein. ... Um den Eifer der Massen anzustacheln, gebärden sich Faschisten gern aggressiv, militaristisch und – wenn die Umstände es erlauben – expansionistisch«. Militarisierung, Aufrüstung und Krieg sind Ausdruck faschistischer Politik, Gewalttätigkeit nach innen und außen.

Über Frau Albrights konservative politische Auffassungen und Deutungen von Geschichte würde ich streiten, zu viel trennt uns weltanschaulich. Aber ich teile ihren Blick für zunehmend offenes faschistisches Handeln weltmachtversessener Politiker. Sie sind eine Gefahr für die Menschheit. Sehr wichtig ist Frau Albrights Aussage, Mussolini wurde »von Großunternehmen und Banken« schon vor



Lesen

Madeleine Albright
Faschismus Eine Warnung
320 Seiten, 24 Euro, DuMont
Buchverlag GmbH & Co. KG,
ISBN 9783832183615



Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

seinem »Marsch auf Rom« finanziert, und deutsches Kapital unterstützte Hitlers NSDAP seit den zwanziger Jahren. Die Großindustrie teilte Antikommunismus und Nazihass auf den »verjudeten Bolschewismus«. Aufhebung des Versailler Vertrages, Vereinigung aller Deutschen »Heim ins Reich!«, und »Deutschland den Deutschen« sowie ähnliche rassistische Sprüche entsprachen auch dem Denken und den Interessen von Konzernen, Bankwesen, Militärs und Klerus. Die Judenverfolgungen duldeten sie, obgleich »das politische Establishment« mit den braunen Schlägertrupps nichts im Sinn hatte. Frau Albright's Warnung vor dem Wiederaufleben von Faschismus lässt aufhorchen. Sie aktualisiert macht- und wirtschaftspolitische Hintergründe des heutigen Faschismus, dessen generellen Fundamente Georgi Dimitroff 1935 auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale begründet hat. Wer finanziert zu wessen Nutzen Neofaschisten?

Hitler und Mussolini sind für Frau Albright »die Verkörperung des Faschismus« im 20. Jahrhundert. Im Kapitel »Die Diktatur der Demokratie« geht sie auf USA-Senator McCarthy ein, den Kommunistenjäger in den

USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Er hatte »die Instinkte des Mussolini« und »das Temperament eines faschistischen Schlägers«, er war »ein Blender, der ... nach Macht gierte«. Er ist aufgestiegen, weil er »von führenden Zeitungen ... und rechtsgerichteten Personen mit dickem Portemonnaie« unterstützt wurde. Für Albright gründet sich Faschismus auf Machtgier und Kapital. Ihr Verständnis von »zwei Arten von Faschismus, jene, die Befehle erteilen, und jene, die sie ausführen«, ist nachvollziehbar. Das »Befehlex« erteilende Kapital einschließlich der sie ausführenden Regierenden nebst ihren politischen Parteien und die duldsamen Volksschichten sind arbeitsteilig Handlanger von Kapital und Faschismus. Populismus bestimmter Medien und Politiker verschaffen durch Manipulierung des Volkes dem Machtsystem Faschismus die benötigte »Rückendeckung aus vielerlei Teilen der Bevölkerung«.

Albrights antikommunistische Denkweise über internationale Politik im Kalten Krieg und danach ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. In ihren Erklärungen zu Ursachen der Flüchtlingsströme aus Nahost und Afrika seit 2015 fehlen die USA-Krie-

ge. Deren Staatschefs sind für sie Faschisten. Amerika hätte sich stets um »die Förderung von Demokratie« bemüht. Allerdings erscheint »die Invasion des Iraks im Jahr 2003 ... als eine Art Imperialismus«. Die Politik von USA-Präsident Trump wirkt auf sie, »als seien wir auf dem Weg zurück in eine Zeit, als der Faschismus reichen Nährboden fand und menschliche Tragödien an der Tagesordnung waren«. Hitler und Mussolini nennt sie Inkarnation des Faschismus im 20. Jahrhundert. Trump als Milliardär und populistischer Demagoge ist die Personifizierung für staatsmonopolistischen Faschismus im 21. Jahrhundert. Staats- und Regierungschefs, die der Abschottungsdiktatur Trumps folgen, befördern faschistische Tendenzen in der internationalen Politik. Das ist ein Kerngedanke in Frau Albright's Buch, der hervorgehoben zu werden verdient. Mein Beitrag ist keine Rezension, dazu müssten ihre Geschichtsdeutung und ihre Charakterisierung anderer führender Politiker einbezogen werden. ◀

Wolfgang Triebel ist ehemaliger Hochschuldozent und Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin

Endspurt in Hessen

Beflügelt durch tolle Umfragewerte, werben hessische Mitglieder der LINKEN im Straßenwahlkampf und bei Hausbesuchen um jede Stimme **VON HANS-GERD ÖFINGER**



Am Infostand der LINKEN im Frankfurter Stadtteil Westend Foto: Hans-Gerd Öfinger

Mehr für die Mehrheit«, lautet die zentrale Botschaft, die sich landesweit auf den Plakaten für die hessische Landtagswahl am 28. Oktober wiederfindet. »Damit stellen wir die gemeinsamen Interessen der großen Mehrheit heraus und machen deutlich, dass die entscheidende Grenze zwischen Arm und Reich verläuft«, so der Landesvorsitzende Jan Schalauske, der hinter der Fraktionsvorsitzenden Janine Wissler auf Platz zwei der Landesliste antritt.

Neben den zentralen Plakatmotiven, die Alltagsorgen, wie Mietenwahnsinn, Nahverkehr und Kinderarmut ansprechen, greifen zusätzlich Plakatmotive regional »heiße Eisen« auf. So umschreibt im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet die Parole »Gute Nacht statt Fluglärm« die Sehnsucht nach einem achtstündigen Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen. »Mehr für die Pflege ist besser für alle. Privatisierung schadet der Gesundheit«, lautet die Parole in Mittelhessen. Dort klagen Beschäftigte und Bevölkerung über die Folgen der Privatisierung

des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) durch die damalige hessische CDU-Alleinregierung im Jahre 2006.

Weil Regierungen in Bund und Land versagt haben, hat sich seit 1990 die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen mehr als halbiert. Die Mieten im Rhein-Main-Gebiet explodieren. In Frankfurt zeigten »Nachtschwärmer*innen« der Linksjugend [solid] mit einem abendlichen Wahlkampfstand Flagge. »Die eine Hälfte zahlt zu viel Miete. Die andere auch«, hieß es auf Sandwich-Plakaten. Mit einem selbst gebastelten »Dach über dem Kopf« wiesen sie auf die Obdachlosigkeit und Verdrängung von Mietern hin. Gleichzeitig sammelten sie Unterschriften für den Frankfurter Mietentscheid, eine Initiative für bezahlbaren Wohnraum. Damit soll der kommunale Wohnbaukonzern per Bürgerentscheid gezwungen werden, Mieten zu senken und nur noch Sozialwohnungen zu bauen.

Auch im Wiesbadener Westend, dem Stadtbezirk mit der bundesweit

höchsten Wohndichte, sind Immobilienhaie am Werk. Alteingesessene Bewohner werden vertrieben. Gleichzeitig steht mitten im Viertel ein Büro- und Wohngebäude am Bismarckring 23 seit Jahren leer. Dagegen protestiert DIE LINKE im Westend immer wieder. »Hier könnten gut 100 Wohnungssuchende, Obdachlose, Studierende und Flüchtlinge untergebracht werden. Es darf nicht sein, dass im Westend Familien aus Osteuropa menschenunwürdig in feuchten Kellern hausen und gleichzeitig dieses Gebäude verrottet«, sagt Christoph Mürdter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Ortsbeirat Westend. Das Gebäude gehört einem Frankfurter Immobilienhai, der offenbar auf eine weitere Preissteigerung spekuliert und eine Vermietung derzeit nicht nötig hat.

2004 setzte die CDU-Regierung das Zweckentfremdungsverbot in Hessen außer Kraft. Damit wurde den Kommunen ein Instrument gegen derartigen spekulativen Leerstand, Umwandlung in teure Eigentumswohnungen und Zweckentfremdung aus der Hand genommen. »Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig«, heißt es im Grundgesetz-Artikel 14. »Wenn Immobilieneigentum aus rein spekulativen Gründen leer steht und immer mehr Menschen dringend ein Dach über dem Kopf suchen, ist eine solche Enteignung dringend geboten«, meint Christoph Mürdter. In diesem Sinne schrieb sich die Westend-LINKE die Parole »Wohnraum schaffen! Leerstand beschlagnahmen! Spekulanten enteignen!« auf die Fahnen. Ein großes Transparent mit diesem Motto findet Interesse und Zuspriech und bleibt auch nach der Wahl aktuell.

Dies sieht auch Jan Schalauske so. »Wir legen uns mit denen an, die in Zeiten von Wohnungsmangel mit Wohnungen spekulieren. Die Wohnungsverordnung ist zu wichtig, um die dem Markt zu überlassen. Wohnen ist ein Menschenrecht«, so seine Überzeugung. ◀

Kaffee, Kuchen, Widerstand

Auch in der Berliner Gropiusstadt steigen die Mieten. Anwohner und Mitglieder der LINKEN haben sich zusammengetan, um etwas dagegen zu tun **VON SARAH NAGEL**

So viel ist selten los auf dem Lipschitzplatz in der Berliner Gropiusstadt. Die meisten Menschen überqueren ihn nur, wenn sie von der U-Bahn kommen. Nur wenige sitzen auf Bänken oder draußen im Café »Happiness«. Am 29. September war das anders. 150 Anwohner kamen zu einer Kundgebung gegen die steigenden Mieten, von denen hier fast alle betroffen sind. Entweder weil ihre Miete bereits stark angehoben wurde, oder weil sie befürchten, dass es bald so weit sein könnte. Denn die Vermieter lassen hier ein Haus nach dem anderen energetisch sanieren. Elf Prozent der Kosten dürfen sie dann auf die Miete draufschlagen – für die Immobilienkonzerne ist das lukrativ. Im Löwensteinring 23/25 bedeutet das für die meisten Mieter eine Steigerung von rund 170 Euro im Monat. In ihren Briefkästen lag die Ankündigung im Spätherbst 2017. Einige von ihnen haben daraufhin eine Mieterinitiative gegründet, gemeinsam mit Aktiven der LINKEN Neukölln. Als Initiative haben wir zur Kundgebung eingeladen unter dem Motto: »Mietenwahnsinn stoppen – Für ein gutes Leben in Gropiusstadt«. Denn für viele bedeuten die steigenden

Mieten, dass sie sich andere Dinge nicht mehr leisten können oder im schlimmsten Fall ihre Wohnung verlassen müssen. Ein Mieter erzählt auf der Kundgebung davon, wie er 1967 mit seiner Familie nach Gropiusstadt kam und sofort eine Sozialwohnung fand. Eigentlich bräuchte er jetzt eine kleinere, bezahlbare Wohnung, aber die findet er nicht. Er möchte hier wohnen bleiben – »ein unglaublich schöner Wohnbereich« – und will sich weiter dafür einsetzen, dass die Mietsteigerungen ausgesetzt werden und die Infrastruktur erhalten bleibt. Ähnlich dürfte es auch anderen gehen. Bei der Kundgebung sprechen Mieter, aber auch Vertreter von Initiativen wie der Bürgerhilfe und der Stadtteilmütter, die die Folgen der Mietexplosion in ihrer täglichen Arbeit erleben. Noch im Oktober ist ein weiteres Treffen geplant, um zu überlegen, wie es weitergeht. Viele sagen, dass sie kommen wollen.

Ein paar Dinge anders machen

Auch die Aktiven der LINKEN werden weiter am Ball bleiben. Anders als im nördlichen Neukölln hat DIE

LINKE hier keine Rekordergebnisse, überhaupt erinnert in der Hochausiedlung wenig an das Neukölln einige U-Bahnstationen weiter mit seinen Altbauten und Cafés an jeder Ecke. Genau deshalb will die Gruppe hier gemeinsam mit den Anwohnern etwas auf die Beine stellen. Sie ist Teil der Modellprojekte für LINKE Organisierung in sogenannten sozialen Brennpunkten, die der Parteivorstand 2016 beschlossen hat.

Das bedeutet auch, ein paar Dinge anders zu machen als sonst. Persönliche Gespräche spielen eine große Rolle – und da zu sein, wo sich das Leben eben abspielt. Mobilisiert wurde für die Kundgebung unter anderem mit einem Infostand bei der Gropiusstädter Kaffeetafel im September und auf dem Trödelmarkt, dazu gab es ganz klassisch Plakate und Flugblätter. Das Thema traf einen Nerv, auch in vielen Geschäften durfte das Plakat aufgehängt werden. Die Kundgebung ist ein weiterer Schritt, um die Mietsteigerungen gemeinsam anzugehen. ◀

Sarah Nagel arbeitet im Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle und ist aktiv in der LINKEN Neukölln



Wehret den Anfängen!

Im Gespräch mit Eintracht Frankfurts Präsident Peter Fischer VON KATJA KIPPING

Hat hier jemand mal eine Zigarette für mich?«, ruft Peter Fischer den vorbeilaufenden Passanten zu. Natürlich findet sich sofort eine Gruppe, die ihrem Präsidenten welche herüberreicht. Ende September traf ich mich in Frankfurt am Main mit Peter Fischer vom Bundesligaverein Eintracht Frankfurt. Anlass für dieses Treffen war weniger meine Begeisterung für Fußball, als seine klare Positionierung gegen rechts. Fischer hatte sich dafür eingesetzt, dass alle Aussagen zu Antirassismus und gegen Diskriminierung in der Vereinssatzung von Eintracht ernst genommen werden und folgerichtig gesagt: »Prüft Euch, wenn ihr bei uns Mitglied seid.« Wer diese Satzung und ihre Ziele ernst nimmt, kann nicht für Rassismus oder für die AfD sein.

Die Rechten reagierten mit Beschimpfungen und Klagen bis hin zu Morddrohungen. Sein Verein hingegen stärkte ihm den Rücken und wählte ihn mit 99 Prozent erneut

zum Vereinspräsidenten. (Und als ob es einen antifaschistischen Fußball-Gott gebe, gewann sein Team sogar den Pokal.) Seine klare Positionierung hat viele ermutigt und brachte Eintracht Frankfurt viele neue Mitglieder. Darunter auch Fans anderer Fußballclub, die teilweise auf die Eintrittserklärungen schrieben: »Getrennt in der Farbe, aber vereint im Ziel gegen Rassismus.«

Wir trafen uns auf dem Römer in Frankfurt. Dort im Herzen seiner Stadt sprach ihn gefühlt jeder zweite Passant an. »Und gewinnen wir an diesem Wochenende? Wie geht es der Mannschaft? Schön Dich zu sehen, Peter.« Er erzählt von Beschimpfungen der Rechten. Davon, wie ihn die Zurückhaltung der anderen Clubs ärgert. Inzwischen wird er häufig zu Veranstaltungen eingeladen. So manches Mal musste er sich an Wochenenden schon entscheiden: zur Demo oder ins Stadion. All die Anfragen und der Zuspruch – das gilt halt meinem Amt – meint er: »Ich bilde mir

darauf nichts ein, aber ich nutze es, um das zu sagen, was mir wichtig ist.« Er redet leidenschaftlich und mit derben Worten. Da wird nichts verkläuselt und auch mal mit der Faust auf den Tisch gehauen. Da ist einer durch und durch Frankfurter und Fußball-Mensch.

In linken Feuilleton-Debatten wird ja manchmal der Eindruck erweckt, antirassistisches Engagement – das sei eher was für »Jetsetter« oder für Studierende oder fürs »akademische Milieu«, nicht so sehr fürs proletarische Milieu. Wer das glaubt, dem sei empfohlen, sich mit Peter Fischer auf ein Getränk und eine Kippe in Frankfurt zu treffen. Antifaschismus geht nun mal alle an. Um es mit seinen Worten zu sagen: »1930 haben 18 Prozent NSDAP gewählt. Sie haben nicht gewählt, dass sechs Millionen Juden vergast und Kinder in Euthanasieverfahren umgebracht werden. Aber sie haben mit ihrer Wahl den Weg dafür bereitet.« Deshalb gilt: Wehret den Anfängen! ◀

Anzeige

Näher dran an linken Lösungen

Was Karl Marx und andere linke Vordenker*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!



**Das »nd«-
Mini-Abo
2 Monate für
49 Euro**

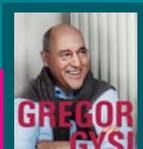
Am besten gleich heute bestellen:

☎ (030) 29 78 18 00

www.dasND.de/disput

inklusive »nd«-App

plus Buchprämie



GREGOR GYSI

neues deutschland **nd**

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Handbuch für Klassenkämpfer

Bernd Riexingers neues Buch ist ein lesenswerter Beitrag zur Debatte um eine neue Klassenpolitik **VON JAKOB MIGENDA**

Abgesehen von der Migrationsdebatte hat in den letzten Monaten kein Thema die linken Debatten so bestimmt wie die Diskussion um Klasse. Ein großer Teil dieser Diskussion über Klassenpolitik fand in den Feuilletons statt und war daher stark von Bonmots und kurzen Gedanken geprägt. Dazu bietet das Buch »Neue Klassenpolitik« von Bernd Riexinger einen angenehmen Kontrast. Denn er stellt ein systematisches und ausführliches Konzept für eine neue Klassenpolitik und ein neues Normalarbeitsverhältnis als Einstiegsreformprojekt dar. Dabei kann Bernd Riexinger immer wieder aus den Erfahrungen seiner 40-jährigen gewerkschaftlichen und sozialistischen Praxis schöpfen und seine Überlegungen mit Beispielen gelungener Organisation unterfüttern. Wenn er von neuen Streiks im Einzelhandel spricht, erzählt er ausführlich von den Erfahrungen als Geschäftsführer von ver.di Stuttgart im Jahre 2007. Er berichtet plastisch, wie Kassiererinnen bei H&M ihre Kassen verließen und auf die Stuttgarter Haupteinkaufsstraße gingen, um mit extrem kurzfristig einberufenen Streiks den Einsatz von Streikbrecherinnen zu erschweren. Und das in einem Gewerbe, das durch befristete Verträge und Teilzeit geprägt ist und deshalb als kaum organisierbar galt. Diese Schilderungen sorgen dafür, dass seine Vorschläge nicht abstrakt bleiben, sondern an vielen Stellen zu einer Art praktischem Lehrbruch für eine neue klassenpolitische Praxis werden.

Eine Stärke des Buches liegt darin, dass Bernd Riexinger nicht einfach politische Vorschläge in den Raum wirft, sondern analysiert, wo sich praktische Möglichkeiten ergeben. Bevor er seine klassenpolitischen Ideen darlegt, befasst er sich in zwei Kapiteln mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenkämpfe – von der fordistischen Nachkriegszeit bis in die neoliberale Gegenwart. Auch diese Darstellung reichert er mit zahlreichen Bei-



Foto: Bernd Riexinger

spielen an. Etwa mit der Entwicklung seines alten Betriebes, der Leonberger Bausparkasse, von einer Firma, in der unterbezahlte Frauen stundenlang Papierakten zur Bearbeitung herausuchten und mit dem Rechenschieber kalkuliert wurde, hin zu einer computergestützten Hightech-Firma.

Auch wenn er im ganzen Buch Geschlechterverhältnisse und Migration mitbetrachtet, gibt es einen länge-

ren Exkurs zu Klasse, Migration und Identität – dieses Kapitel ist wohl der tagespolitischen Debatte geschuldet. Dennoch lohnt sich ein genauerer Blick in das Kapitel. Riexinger legt seine Argumente für einen Dreiklang aus möglichst offener Migrationspolitik, einer sozialen Offensive im Land und dem Kampf gegen Fluchtursachen klar dar. Das ermöglicht es, diese oft sehr emotionale Debatte zu versachlichen und auf Argumente zurückzuführen. Hoffentlich folgen auch andere diesem Beispiel.

Für Menschen, die sich noch nicht mit Klassenpolitik beschäftigt haben, ist es ein gutes Einstiegsbuch. Wer sich schon auskennt, dem wird in den Kapiteln zur Geschichte des Nachkriegskapitalismus und Theorie vieles bekannt vorkommen. Aber die konkreten Beispiele im Buch lohnen dennoch zur Anschauung, um Menschen davon zu überzeugen, dass man etwas ändern kann. Schließlich lohnt die Auseinandersetzung mit Riexingers Überlegungen für eine neue klassenpolitische Strategie. ◀

Jakob Migenda ist Bundessprecher der linksjugend [solid] und betreibt praktische Klassenpolitik mit dem Mietentscheid Frankfurt.



Lesen

Bernd Riexinger
Neue Klassenpolitik
Solidarität der Vielen statt
Herrschaft der Wenigen
160 Seiten, 2018, 14.80 Euro
ISBN 978-3-89965-827-9

1918 – unsere Revolution?

Von den Schwierigkeiten des Lernens und Gedenkens im Jubiläumsjahr

VON DR. STEFAN BOLLINGER

1918–2018: Vor kurzem noch die »vergessene Revolution«, nehmen sich heute selbst Stadtväter sozial- oder christdemokratisch regierter Städte ihrer mit anspruchsvollen Projekten an. Berlin organisiert gar einen Themenwinter »100 Jahre Revolution«. Das Herz der Linken müsste also höher schlagen angesichts solcher Zuwendung. Und doch sollten sie stützen ob dieser neuen Liebe für jene glorreichen, zerrissenen und auch tödlichen Tage. Unstrittig ist, dass Anfang November die Matrosen an der Waterkant nicht bereit waren, für die »Ehre« ihrer Admirale zu sterben. Seit September 1918 war der Obersten Heeresleitung klar: Der Krieg ist verloren! Sie wollten baldigst Frieden und suchten die Schuld auf andere abzuladen. Rasch sollten Zivilisten um Frieden bei der Entente nachsuchen und es sollte jenen die Regierung in die Hand gegeben werden, die Militärs und alte Eliten für schuldig hielten an dem vermeintlich mangelnden Rückhalt der Heimat. Eine »Dolchstoßlegende« ward geboren.

Im Oktober wurde fieberhaft an einer Parlamentarisierung gearbeitet. Erstmals wurden Minister der Mehrheits-SPD (MSPD) in eine neue Regierung berufen, der Reichstag gewann an Macht, Deutschland wurde konstitutionelle Monarchie. »Oktoberreformen« sollten als »Revolution von oben« die Machtverhältnisse sichern. Der MSPD war es recht. Ihr Vorsitzender Friedrich Ebert hasste nach eigenem Bekunden die Revolution wie die Pest. Wie schon 1914 wollte diese Sozialdemokratie staatstragend in der Stunde der Not ihre vaterländische Pflicht erfüllen.

Diese friedliche Machtübertragung in den Hinterzimmern wurde von den meuternden Matrosen gestört. Sie forderten: Ende von Krieg und Militarismus, demokratische Reformen und soziale Verbesserungen. In manchen Resolutionen fanden sich offen sozialistische Ziele wieder – die Sozialisierung der Wirtschaft.

Und sie hatten sich eine Alternative zum Reichstag und den Landtagen geschaffen – die Arbeiter- und Soldatenräte. Sie bauten auf Basisdemokratie, auf Menschen, die sie kannten und jederzeit abberufen konnten.

Die deutsche Revolution war Teil einer europaweiten Erschütterung in den letzten beiden Kriegsjahren. Die Völker waren kriegsmüde, erschöpft, hungerten, waren es leid, als Kanonenfutter zu krepieren. Die russischen Revolutionen hatten 1917 das Signal gegeben. Das Volk konnte aufstehen, Soldaten die Gewehre umdrehen, Herrscher konnten gestürzt und demokratische Verhältnisse etabliert werden. Im Herbst 1918 erreichte der Funke des Aufruhrs Wien, Budapest und Prag.

Wer bestimmt den Weg der Revolution?

Die politischen Kräfte mussten sich neu orientieren. Die Linke war zerrissen. Die stärkste Kraft, die MSPD, wollte den friedlichen Übergang mit demokratischen Neuerungen und sozialen Verbesserungen – auf keinen Fall aber »bolschewistische Verhältnisse«. Die russische Revolution, die von den meisten Linken begrüßt wurde, war für die MSPD ein Horror. Links vor der MSPD agierte die USPD, die sich zur neuen Räte Demokratie bekannte, aber später auch mehrheitlich eine Nationalversammlung akzeptierte. Ihr radikaler Flügel um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg setzte allein auf die Räte macht und erkannte früh, dass sich mit der MSPD wenig ändern würde.

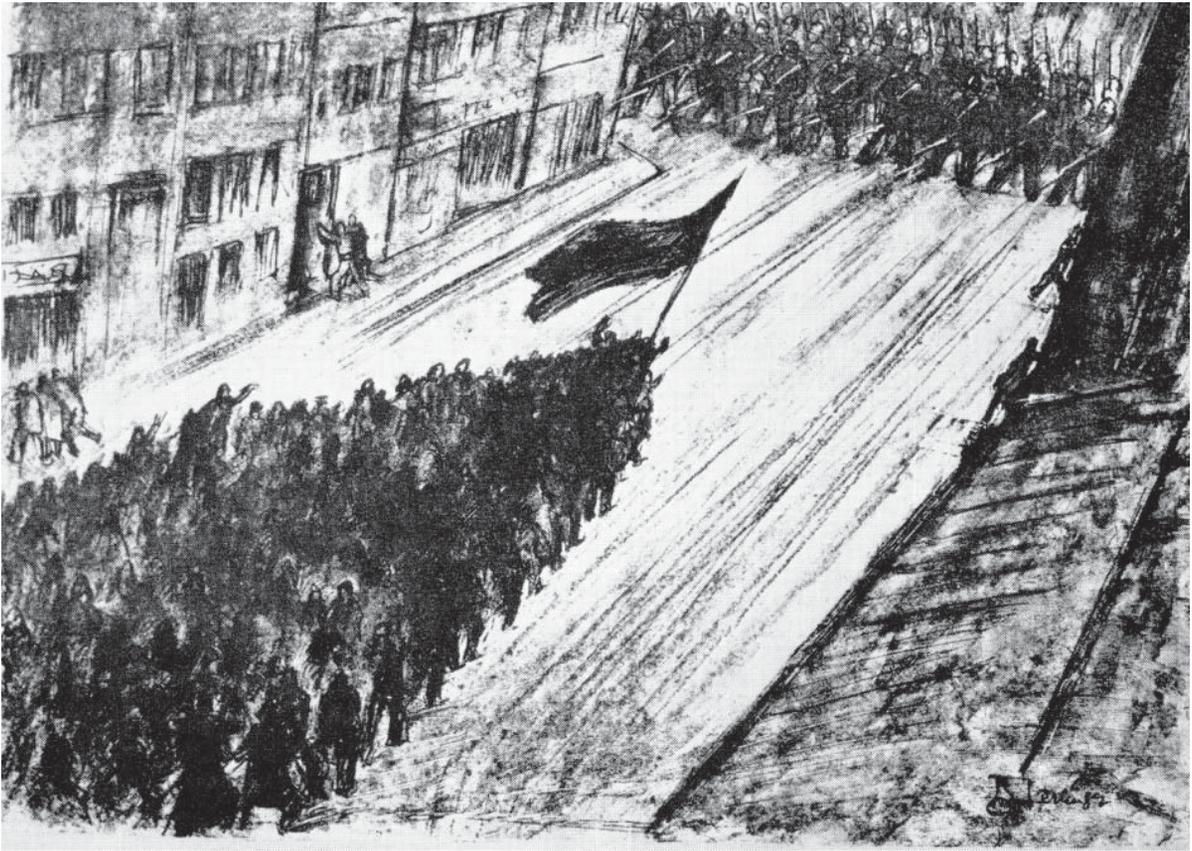
Mit der Machtübertragung auf Ebert und den Rat der Volksbeauftragten begann der Kampf um Charakter und Reichweite der Revolution. Das neue Machtorgan unter Ebert, paritätisch zusammengesetzt aus je drei MSPD- und USPD-Vertretern, musste sich positionieren. Die neue Regierung – genauer ihr aktiver

Kern um Ebert, Scheidemann und ihren zuverlässigen Genossen Gustav Noske – war gewillt, den macht- und Eigentumsverhältnisse bewahrenden Weg gegen das sonst unausweichliche »bolschewistische Chaos« einzuschlagen.

Früh besiegelten zwei zentrale Bündnisse das Schicksal der Revolution. Noch in der Nacht seiner Inamtssetzung telefonierte Ebert mit General Wilhelm Groener, dem Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung. Der Militär wollte Frieden um jeden Preis. Vor allem war er sich mit Ebert einig, dass ein linker Umsturz zu verhindern sei. Möglichst schnell sollten regierungstreue Truppen für »Ruhe und Ordnung« sorgen. Doch die heimkehrende Frontruppe mochte in einen Bürgerkrieg nicht eintreten. Erste Versuche, mit diesen Kräften im Dezember Friedhofsruhe herzustellen, scheiterten. Die »Blutige Weihnacht«, das heißt der Angriff regierungstreuer Truppen auf bewaffnete Kräfte der Revolution, scheiterte, nicht zuletzt an den mobilisierten Arbeitermassen. Dieser Angriff war aber die Zäsur dieser Revolution – an den wahren Macht- und Eigentumsverhältnissen sollte sich nichts ändern, dafür musste Blut vergossen werden. Bis Anfang 1919 gelang es, Schritt für Schritt neue militärische Formationen, die Freikorps, aufzubauen. Nicht wenige Ihrer Kämpfer hatten blutige Erfahrungen im Osten gesammelt. Mit diesen Erfahrungen sollte eine demokratische Republik etabliert werden?

Das zweite wichtige Bündnis schlossen die MSPD-nahen Gewerkschaften um Carl Legien mit den Unternehmerbänden unter ihrem Vorzeigekapitalisten Hugo Stinnes. Achtstundentag, betriebliche Mitbestimmung, Arbeitsplätze für Kriegsheimkehrer und weitere soziale Zugeständnisse waren der Preis für den Verzicht auf Sozialisierungen und Arbeitermacht in den Unternehmen.

Die Konfliktlinien waren überschaubar: Ein demokratisches Reich



Lithographie von Oskar Nerlinger aus: Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution, Dietz Verlag, 1978

mit sozialen Zugeständnissen, gekrönt von einer Nationalversammlung, die eine neue Reichsverfassung ausarbeiten sollte. Oder eine Räte-demokratie, in der zuallererst basisdemokratische Arbeiter- und Soldatenräte das Sagen haben sollten.

Die politische Kraft, die die Arbeiter hinter sich bringen konnte, musste diesen Konflikt entscheiden. Das war die MSPD, jene Kraft, die 1914 für die Kriegskredite gestimmt hatte. Sie war stärkste Partei im Vorkriegsreich, blieb trotz Abspaltung der Kriegsgegner die am tiefsten in der Arbeiterschaft verwurzelte Kraft. Sie stand für bescheidene, aber stetige soziale Verbesserungen, hatte sichtbar Respekt bei den alten Eliten und besaß einen Apparat bezahlter und unbezahlter Funktionäre, Partei- und Abgeordnetenbüros, Presseorgane, um Anhänger und Sympathisanten zu erreichen. Nur keine Experimente. Der Vorwurf des Verrats muss an den MSPD-Führern abperlen, sie konnten nichts verraten, was bereits die Vorkriegs-SPD aufgegeben hatte.

Es war eine Partei, die nicht die alten Militärs, Richter und Bürokraten zum Teufel jagte, sondern sie für die Republik verpflichtete.

Revolution oder Reparatur?

Die radikale Linke um Liebknecht und Luxemburg war vergleichsweise schwach, die meisten ihrer Köpfe saßen bis November im Gefängnis oder waren an der Front. Sie war zwar lautstark, hatte Presseorgane und konnte auf der Straße mobilisieren – aber nur in wenigen Zentren wie Berlin oder dem Ruhrgebiet. Zu spät versuchten sie es mit einer neuen Partei, der KPD. Sie hatten die radikalsten Forderungen, meinten es ernst mit der sozialistischen Republik. Deshalb gerieten sie vom ersten Tag ins Visier der Volksbeauftragten und ihrer militärischen, terroristischen Verbündeten. Deshalb hatte die vom Kapital finanzierte und von der neuen Regierung akzeptierte »Antibolschewistische Liga« ihr kla-

res Feindbild, Bolschewiken in Moskau und Berlin, »jüdisch-bolschewistische Verschwörer«. Sie fand geistesverwandte Unterstützer im MSPD-Lager, in deren Presse und vor allem im Volksbeauftragten und Reichswehrministers Noske, der den Freikorps freie Hand ließ.

1918 gab es eine Chance, Massen handelten spontan, eine einige Linke hätte Deutschland verändern können – zum Besseren. So folgte auf die halbe Revolution eine ganze Konterrevolution: 1933 und 1939, die Revanche für den Umsturz und die militärische Niederlage. Was bleibt, ist die Erfahrung des Aufbegehrens und eine zerbrechliche Demokratie, die heute wieder verteidigt werden muss. ◀

Dr. Stefan Bollinger, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE.
Sein neuesten Buch zum Thema:
Stefan Bollinger: November 18.
Als die Revolution nach Deutschland kam. Edition Ost Berlin 2018, 256 S., 14,99 Euro

■ ■ **Baden-Württemberg:** Zum 4. Mietenpolitischen Ratschlag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, der im September 2018 in Stuttgart stattfand, sind mehr als 150 Engagierte aus der Region und dem gesamten Bundesgebiet zusammengekommen, um zu beraten, wie außerparlamentarische und parlamentarische Kräfte für eine Kehrtwende in der Wohnungspolitik sorgen können. »Wir brauchen den Druck von der Straße, um die Mietenkrise zu lösen«, so Caren Lay, mietenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Besonders groß war das Interesse an Möglichkeiten, vor Ort Mietenwahnwitz und Wohnungsnot zu bekämpfen. Eine gleichnamige Broschüre der Bundestagsfraktion lieferte dafür eine Diskussionsgrundlage. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig: Kommunale Wohnungsunternehmen sollten ausgebaut und konsequent auf gemeinnützige Zwecke ausgerichtet werden. Auch Mietspiegel, Planungsrecht und das entschiedene Vorgehen gegen Leerstand seien wichtige Ansatzpunkte. Entscheidend sei es jedoch, Bündnisse zu schmieden, um von der Straße Druck aufzubauen.

■ ■ **Sachsen:** Die Landtagsfraktion der LINKEN in Sachsen fordert ein Maßnahmenprogramm zum Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt. Hin-



Foto: Martin Heinlein

tergrund ist das »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt« (Istanbul-Konvention), das seit Februar 2018 auch für Sachsen gilt. Sarah Buddeberg, Sprecherin der Linksfraktion für Gleichstellungs- und Queerpolitik, erklärt dazu: »Häusliche Gewalt ist ein dunkles Thema. Viele Opfer bleiben im Verborgenen, aus Scham oder Hilflosigkeit, viele haben Angst vor ihren Peinigern oder sind gehemmt, weil die Täter aus ihrem engsten Umfeld kommen. Das betrifft vor allem Frauen. Wir dürfen uns damit nicht abfinden und wollen, dass alle Betroffenen Zugang zu Hilfsangeboten haben. Statistisch gesehen wird jede vierte Frau mindestens einmal Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt. Da gibt es nichts zu verharmlosen – jeder Schlag ist einer zu viel, und oft bleibt es nicht dabei. An jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau durch den Partner oder Ex-Partner getötet. Hinter der lapidaren Bezeichnung Familiendrama stehen schreckliche Schicksale.«

■ ■ **Bayern:** In Bayerns Krankenhäusern herrscht Pflegnotstand. Es fehlen ca. 12.000 Pflegestellen. Das hat dramatische Folgen für Patientinnen und Pflegekräfte. Das Volksbegehren »Stoppt den Pflegnotstand an Bayerns Krankenhäusern« fordert deshalb verbindliche Personalvorgaben und verbesserte Hygienevorschriften. DIE LINKE. Bayern unterstützte das Volksbegehren und gehört zu den Initiatorinnen. Dabei kamen 102.137 Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens zusammen, die vor dem bayerischen Innenministerium übergeben wurden. Erforderlich waren nur 25.000 Unterschriften. Ates Gürpınar, Spitzenkandidat der LINKEN Bayern, erklärte dazu: »Es freut mich, dass das Volksbegehren mit unserem Abgeordneten Harald Weinberg als Hauptinitiator eine so breite Unterstützung erhalten hat. Ich möchte den vielen Sammlerinnen und Sammlern, und insbesondere den Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken, meinen Dank für ihre regelrechte Sammelmutter aussprechen. Diese

Wut ist aufgrund der Untätigkeit der Regierungen entstanden – und zeigt schon jetzt Wirkung«, so Gürpınar.

■ ■ **Hamburg:** Die Hamburger Bürgerschaft zog Bilanz zur Arbeit des G20-Sonderausschusses. Der Ausschuss hatte nach 15 Sitzungen, der Befragung 24 sogenannter Auskunftspersonen und vieler Senatsvertreter seine Arbeit beendet, ohne einen gemeinsamen Abschlussbericht vorzulegen. »Der Ausschuss hat die geringen Erwartungen noch unterboten. Die Abschlussberichte spiegeln wider, was er nicht geleistet hat«, sagte in der Debatte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Christiane Schneider. »Seine Aufgabe, Vertrauen wiederherzustellen, hat der Ausschuss leider nicht erfüllt, weil die Erfahrungen vieler Menschen, ihre Kritik an staatlichem Verhalten, keine Anerkennung fanden«. Auch wenn klar sei, dass es eine zentrale Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist, die Sicherheit des Gipfels und der Staatsgäste zu gewährleisten, sei das

Grundrecht auf Versammlungsfreiheit doch nichts, was ergänzend gewährt werden könne, wenn alle Sicherheitsbedürfnisse befriedigt seien, so Schneider.

■ ■ **Bremen:** Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE wurde die Große Anfrage »Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen« in der Bremischen Bürgerschaft diskutiert. In der Plenardebatte hat der Senat eine Landesausbildungsumlage als Instrument nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Bezugnehmend auf diese Debatte und die Veröffentlichung der aktuellen Zahlen der »Bremer Vereinbarung zur Ausbildung« stellte die Fraktion DIE LINKE nun den Antrag, eine allgemeine, betriebliche Ausbildungsumlage für Bremen auf den Weg zu bringen. »Mehr als 2.000 junge Erwachsene gehen jedes Jahr bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze hat sich aber in den letzten Jahren kein bisschen verändert. Die freiwilligen Vereinbarungen waren wirkungslos, deshalb brauchen wir einen neuen Ansatz. DIE LINKE schlägt einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds für Bremen vor, um die nicht ausbildenden Betriebe an den Ausbildungskosten zu beteiligen und die ausbildenden Betriebe zu ent-

Was tun, wenn das angestrebte Ziel noch in weiter Ferne liegt? Etwa der Öffentlichkeit reinen Wein einschenken? Zugeben, dass die im Wahlkampf leichtfertig versprochenen Wohltaten einfach nicht zu machen sind? Nein, so funktioniert politische Kommunikation nicht. Wenn das Ziel unerreichbar ist, dann befindet man sich »auf gutem Weg«. Dass dieser Weg schnell zum Ziel werden kann, stellen die politisch Verantwortlichen und leitenden Manager des Berliner Desaster-Flughafens BER seit Jahren eindrucksvoll unter Beweis. Erst kürzlich bediente sich der Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft wieder der Leerformel vom »guten Weg«. Auch beim Klimaschutz war Deutschland lange »auf gutem Weg«, wie der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) beteuerte. Im Sommer dann musste die Bundesregierung einräumen, dass man die Klimaziele für 2020 deutlich verfehlen werde. Scheint so, als sei da ein ganzes Land vom (guten) Weg abgekommen. Dass die Phrase keineswegs auf den Bereich des Politischen beschränkt ist, zeigt diese bunte Auswahl aktueller Schlagzeilen aus der ganzen Republik: »Grün-Weiß Arnberg ist auf gutem Weg zum Kunstrassenplatz«, »Stadt sieht sich bei Tourismus auf gutem Weg« oder »Trotz Niederlage auf gutem Weg«. Die interessierten Leserinnen und Leser müssen sich schon die Mühe machen und den dazugehörigen Artikel lesen, um zu erfahren, dass die eigentliche Botschaft lautet: So schnell wird das nichts. Egal ob Politik, Wirtschaft oder Sport: Wer seine Partei, seine Firma oder seinen Verein auf gutem Weg sieht, der will Zeit schinden. Im schlimmsten Fall wollen die Verantwortlichen über die katastrophale Lage hinwegtäuschen. So währte sich »Air Berlin« noch im Juni 2017 »auf einem guten Weg«. Nur zwei Monate später führte dieser Weg direkt ins Insolvenzverfahren.

Fabian Lambeck

lasten«, erklärte Miriam Strunge, ausbildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern:** Zu den Plänen der AfD in mehreren Bundesländern, ein Internetportal einzurichten, auf dem Schüler politische Äußerungen von Lehrkräften melden sollen, erklärt die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Simone Oldenburg: »Dieser Aufruf zur Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum, dem sich auch die AfD-Fraktion in M-V angeschlossen hat, zeigt einmal mehr, was Geistes Kind die selbst ernannte Alternative ist. Das Bestreben der AfD, Lehrkräften Angst einzujagen und sie einzuschüchtern und das Vertrauen zu ihren Schülerinnen und Schülern zu zerstören, ist widerwärtig. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich jedem Versuch, Kinder und Jugendliche für verleumderische und die Gesellschaft spaltende Zwecke zu instrumentalisieren, entschieden entgegenstellen. Wer Heranwachsenden weismachen will, dass es in Ordnung ist, seine Mitmenschen anzuschwärzen und an den digitalen Pranger zu stellen, hat jedes Recht verwirkt, im demokratischen Diskurs die Stimme zu erheben«, betont Oldenburg, die auch dem Geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN angehört.

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

Den Druck aufrechterhalten

Aktionskonferenz zur Pflege- und Mietenkampagne am 9. und 10. November

Unsere Pflegekampagne »Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!« läuft erfolgreich seit Mai 2018. Unsere Kampagne »Bezahlbare Miete statt fetter Rendite« hatte ihren Auftakt am 14. September 2018. Nach ersten Kampagnenhöhepunkten wollen wir deshalb am 9. und 10. November eine Aktiven- und Aktionskonferenz in Göttingen durchführen. Wir wollen die verschiedenen Kampagnenaktivitäten zusammenbringen, in Austausch kommen und nächste Schritte verbindlich planen. Die Aktionskonferenz richtet sich vor allem an Mitglieder, die auf Kommunal- und Landesebene in der Mie-

ten- und Wohnungspolitik aktiv sind oder sich im Rahmen der Pflegekampagne auf unterschiedlichen Ebenen engagieren oder dies im Rahmen der Mietenkampagne tun wollen. Wir wollen bundesweit handlungsfähig werden, um den politischen Druck auf die Bundesregierung aufzubauen. In in einer offenen Diskussion wollen wir über Situation und Hintergründe der Kampagnen in den Austausch kommen. Am Samstag stehen wie gewohnt Workshops im Mittelpunkt. Wir wollen die nächsten Aktionsphasen gemeinsam planen und die Kampagnen weiterentwickeln. Ziel ist es, die Ergebnisse aus den Workshops zu-

sammenzuführen und uns zu weiteren Schritten in den beiden Kampagnen verabreden. Die Aktionskonferenz findet in der Jugendherberge Göttingen statt. Von Freitag auf Samstag haben wir dort, wie schon zur Konferenz in Heidelberg, Zimmer reserviert, die ihr kostenlos in Anspruch nehmen könnt. Solltet Ihr eine Hotelübernachtung benötigen, übernehmen wir zwar nicht die Kosten, sind aber gerne beim Finden behilflich. Fahrtkosten können auf Antrag bezuschusst werden. Für Rückfragen stehen wir euch selbstverständlich gerne zur Verfügung. Per Mail: mietenkampagne@die-linke.de und pflegekampagne@die-linke.de. ◀

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich im Zusammenhang mit Ihrem Abonnement und geben sie nur an Dritte weiter, wenn dies zur Vertragserfüllung unbedingt erforderlich ist (Abonnement- und Adressverwaltung sowie Zustelldienst). Weitere Informationen zu den Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Datum, Unterschrift

Coupon bitte senden an:
Partei Vorstand DIE LINKE, Redaktion DISPUT
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter: www.die-linke.de



Heute kann ich es ja sagen: Am 28. Einheits-tag lief eine Träne über mein Gesicht. So viele Streicheleinheiten gab es noch nie für die Opfer der Wende in Ostdeutschland! Bundespräsident Steinmeier, Kanzlerin Merkel, der Präsident des Bundestages Schäuble, der CDU-Fraktionschef Brinkhaus, SPD-Landeschef Müller – sie alle sangen im Chor, worauf viele Millionen Ostdeutsche 28 Jahre warten mussten: Eine »kritische Auseinandersetzung mit dem Einigungsprozess« sei fällig.

Es gälte »emotionale Wunden zu heilen«. Viele Ostdeutsche seien nach 1990 »nicht fair behandelt worden«. »Mehr Respekt für die Leistungen der Ostdeutschen« sei nötig. Bei der Wiedervereinigung seien »Fehler begangen worden«. Die Einheit sei »noch lange nicht vollendet. Das ist ein langer Weg. Wir müssen einander zuhören und aufeinander zugehen«. Da fiel mir dann mein Taschentuch aus der Hand. Derlei hatte ich bisher nur von Ost-Anwalt Gysi, von den LINKEN und von den dortigen Opferverbänden der Wende gehört. Das war ja auch nötig. Der DDR wurden doch von der Treuhand beide Beine amputiert. Dann waren drei Millionen Fachkräfte ohne Job und Lohn. Die wurden dann Auswanderer oder Pendler. Die Städte wurden überflutet von ALDI

und Lidl, Quelle und Beate Uhse, Camel und Golden American. Da boomte endlich die Westwirtschaft als Kohl schon verzweifelte. Aber zwischen Elbe und Oder zogen Existenzängste ein, die mit Kaffeefahrten nach Neuschwanstein nicht zu stoppen waren. Es kam zu Hungerstreiks gegen Betriebs-Schließungen. Viele Städte und Dörfer verödeten. Die Ossi fühlten sich wie »Fremde im eigenen Land«. Dazu die Hähne der Altbundis: »Habt ihr doch selber schuld!« »Ihr jammert doch bloß, statt ranzuklotzen!« Ach, liebe Brüder und Schwestern, habt Ihr denn nie gesehen, dass der Osten nach dem Krieg das Armenhaus Deutschlands war? Da standen nur fünf schrottreife Hochöfen, während an Rhein und Saar 150 den Stahl für den Wiederaufbau kochten. Habt ihr nie gehört, dass wir – auch für Bonn – die beträchtlichen Reparationen für Hitlers »verbrannte Erde« an Moskau bezahlen mussten, während ihr am Tropf des Marshallplanes das »Wirtschaftswunder« feiern konntet? Dass wir dennoch die Kitas, Schulen, Kulturhäuser und Landambulatorien gebaut haben, die euch heute noch fehlen? Viele »Besserwissis« wissen doch immer noch weniger über die DDR als über Grönland. Geschweige über das Ausmaß der materiellen und geistigen Enteignung nach dem Einmarsch der Bonner »Entwicklungshelfer«, die fast alle Chefposten übernahmen. Und dennoch – oder deshalb – hechelt Neufünfland dem Westen nach 28 Jahren immer noch um 20 bis

50 Prozent auf vielen Gebieten hinterher. So wachsen »Wutbürger« heran, die zum Rammbock der Alt- und Neonazis werden!

Falls am 30. Jahrestag der Einheit aus Deutschland ein Gauland geworden ist, müssen wir wohl wieder den Gruß »Sieg Heil!« einführen. Immerhin stehen schon 10.000 Bundeswehr-Soldaten an der russischen Grenze im Baltikum. Wie kann man so gewissenlos sein! Da brauche ich gleich wieder mein Taschentuch. Lasst doch endlich Vernunft und Solidarität walten! Holt mal die »Ruck-Rede« (26.4.1997) von Alt-Bundespräsident Roman Herzog aus dem Archiv. Der meinte keinen Rechtsruck! Der verlangte »die Gestaltung einer friedlichen Zukunft ohne Existenzängste. Mit Schwung, statt mit quälender Langsamkeit. Durch zügige Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne die Selbstblockade der politischen Institutionen. Und das in Ost und West.« Wenn das gelingt, bin ich bereit, am 30. Einheits-tag noch mal zu heulen.

JENS JANSEN

**Streichel-
einheiten**

Illustration: Ale Sund

Den Franquismus exhumieren

In der spanischen Öffentlichkeit wird derzeit mit großem Nachdruck über die Zukunft des gigantomanischen Franco-Grabmals diskutiert **VON RONALD FRIEDMANN**

Bereits im April 1939, nur wenige Tage nach der endgültigen Niederlage der Spanischen Republik, die sich fast drei Jahre lang gegen die blutigen Angriffe der putschisten um General Francisco Franco verteidigt hatte, ordnete der spanische Diktator an, im Valle de Cuelgamuros, etwa eine Autostunde nordwestlich von Madrid, für die »Gefallenen des ruhmreichen Kreuzzuges«, wie er das massenhafte Abschlagen der Verteidiger der Republik höhnisch bezeichnete, eine monumentale Grabstätte zu errichten. Ein Jahr später begannen die Bauarbeiten. Fast zwei Jahrzehnte lang waren insgesamt mehr als 20.000 Zwangsarbeiter, von denen Dutzende bei Arbeitsunfällen ihr Leben verloren, damit befasst, ohne Hilfe schwerer Maschinen, faktisch in Handarbeit, eine künstliche Höhle in den Fels des Risco de la Navader zu schlagen und dort eine prunkvolle unterirdische Kirche, die Basilika de Santa Cruz, zu errichten. Sie ist bis heute mit 262 Meter Länge die längste Kirche der Welt. An ihrem Ende befindet sich eine 42 Meter hohe Höhle, in der sich bei der Einweihung im April 1959 zunächst nur das Grab von Primo de Rivera, dem Begründer der Falange, der spanischen faschistischen Bewegung, befand. Auf dem Gipfel

des Berges, in dem sich die Basilika befindet, ließ Franco ein gigantisches Kreuz mit einer Höhe von 152 Metern und einer Breite von 46 Metern errichten.

Nach dem Tod Francos im November 1975 wurde auch dessen Leichnam in der Basilika bestattet. Bis heute wird über seinem Grab von Mönchen, deren Kloster Teil der Gesamtanlage ist, täglich eine Heilige Messe gehalten.

In einem angrenzenden Schrein sind 34.000 »Gefallene« der faschistischen Bewegung aus den Jahren des Bürgerkriegs bestattet. Die Namen von 21.000 von ihnen sind bekannt und dokumentiert.

Bis 1983 erfolgten weitere 12.000 Bestattungen. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um namenlose Opfer des Bürgerkriegs, unter ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach viele Verteidiger der Republik, die aus einem der zahllosen Massengräber geborgen wurden, die es bis heute überall in Spanien gibt.

Jährlich kommen etwa 250.000 Besucher in das »Valle de los Caídos«, das »Tal der Gefallenen«. Viele von ihnen sind Touristen aus dem In- und Ausland, die einfach die Neugier an diesen makabren Ort führt. Doch eine nicht geringe Zahl sind alte und neue Faschisten, für die das

Grabmal Francos eine Kultstätte, ein »heiliger« Wallfahrtsort ist. Nicht zuletzt deshalb ist in der spanischen Öffentlichkeit eine Diskussion über die Zukunft des Franco-Grabmals entbrannt.

Seit rund 15 Jahren gibt es die – bisher vergebliche – Forderung, den Ort in ein Dokumentationszentrum der Franco-Diktatur umzuwandeln. Im Jahre 2007 beschloss das spanische Parlament ein »Gesetz über das historische Gedenken«, auf dessen Grundlage die Grabanlage »entpolitisiert« werden sollte. Allerdings scheitern sich die profaschistischen Gruppierungen in Spanien kaum um das Verbot politischer Aktionen und Demonstrationen im Valle de Cuelgamuros, und sie haben von offizieller Seite bisher auch keine Sanktionen zu befürchten.

Doch in den letzten Wochen und Monaten gab es wichtige Entwicklungen. So kündigte die neue sozialdemokratische Regierung Spaniens im Juli an, noch in diesem Jahr die Gräber von Franco und Primo de Rivera im Valle der Cuelgamuros räumen und die beiden Toten an anderer Stelle bestatten zu lassen. Damit würde ein entscheidendes Hindernis beseitigt werden, um aus dem Franco-Grabmal tatsächlich einen »Ort der Versöhnung« zu machen, wie es das im vergangenen aktualisierte »Gesetz über das historische Gedenken« nun verlangt.

Doch insbesondere die Linkspartei Podemos will keine Versöhnung mit den Tätern, sie will die Würde der Opfer der Franco-Diktatur wiederherstellen. Deshalb, so heißt es in einem Positionspapier, das Podemos Ende September in Madrid vorgestellt hat, sei es notwendig, nicht nur Franco (und Primo de Rivera) zu exhumieren, sondern die spanische Gesellschaft endgültig vom Franquismus zu befreien, dessen monumentales und unübersehbares Symbol das Grabmal im Valle de Cuelgamuros sei. ◀



Foto: Pixabay



Operiert wird oft nur, wenn es sich für den Krankenhausbetreiber lohnt

Foto: www.der-marktgerechte-patient.org

■ **Der marktgerechte Patient**

»Das Gesundheitswesen ist kein Markt, und der Patient ist kein Kunde«, heißt es in dem neuen Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Aber wie kommt man aus der derzeitigen kapitalbasierten Menschenaufbewahrung in Deutschlands Krankenhäusern wieder rein in ein System der öffentlichen Verantwortung?

Berichte über skandalöse Zustände in deutschen Krankenhäusern gibt es zuhauf, da sind die beiden Sozialfilmemacher und ihre zahlreichen Interviewpartner einig. Es fehlt aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: Die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen. Jede diagnostizierbare Krankheit hat nach dieser Regelung einen fixen Preis. Daraus folgt: Nur wer den »Kunden« – also kranken

Menschen – mit möglichst geringen Kosten abfertigt, macht Gewinn. Im Gegenzug gilt: Wer sich auf die Menschen einlässt und nach Tarif bezahlt, macht Verluste.

Viele Ärzte und noch mehr Pflegekräfte wollen und können in diesem System oft nicht mehr arbeiten, ohne selbst vor lauter Überstunden krank zu werden. Dies öffentlich zu machen, sind Franke und Lorenz, deren gesamtes Filmschaffen von den Brüchen in der Daseinsfürsorge handelt, nun angetreten. Sie seien nicht an der Zurschaustellung von Skandalen interessiert, ihnen komme es bei der Aufdeckung von Folgen vor allem auf die Grundlagen der unhaltbaren Zustände in den Krankenhäusern an, sagen die Regisseure. »Nur so sind sie zu verändern«.

Beim Kinobesuch soll es nicht bleiben: Eine Kampagnen-Homepage ist unter www.der-marktgerechte-patient.org geschaltet.

→ Kinostart: 8. November 2018

■ **#Female Pleasure**

Frauen zu stärken und zu unterstützen, ist auch das Anliegen von »#Female Pleasures«. Der Episodenfilm begleitet fünf recht außergewöhnliche Frauen, die sich mit den fünf Weltreligionen auseinandersetzen haben. Wir erleben sie im risikoreichen Kampf für eine selbstbestimmte weibliche Sexualität, für ein gleichberechtigtes, respektvolles Miteinander unter den Geschlechtern.

So wie die Japanerin Rokudenashiko, die traditionell-schintoistisch aufwuchs. Als Manga- und Aktionskünstlerin wehrt sie sich auf wunderbar humorvolle Weise gegen die Verteufelung weiblicher Lust in ihrem Heimatland. Regisseurin Barbara Miller folgt ihr über zwei Jahre durch ein völlig irres Gerichtsverfahren, in dem ihre Arbeiten als Beweistücke der juristischen Überprüfung standzuhalten haben: Sie hat Gipsabdrücke ihrer Vagina angefertigt und als kleine bunte Landschaften mit Seen, Büschen und Bäumen ausgestellt. Die drohende Haftstrafe für derlei Kunstsinn: zwei Jahre ohne Bewährung.

Der Dokumentarfilm über sie und die Aktivistinnen Deborah Feldman, Leyla Hussein, Doris Wagner und Vithika Yadav ist dennoch voller Mut, Kraft und Lebensfreude.

→ Kinostart: 8. November 2018



WIE EIN
KURZURLAUB
VOM WAHNSINN
DIESER WELT

GELESEN VON
INGRID FEIX

MEINUNGSFILTER

Martina Michels, zuständige Unterhändlerin der EP-Linksfraktion GUE/NGL im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT), hält die Zustimmung des EU-Parlaments zur Urheberrechtsreform für falsch. »Die verabschiedete Reform des Urheberrechts im digitalen Zeitalter begründet eine rückwärtsgewandte Urheberrechtsdebatte, unnötige Presseverlegerrechte, die schon in Deutschland und Spanien in der Praxis versagt haben, und bedroht die Garantie von Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Kunstfreiheit im Internet durch die sogenannten Upload Filter«, so Michels und führt weiter aus: »Beide Vorschläge sind ungeeignet, die Krise der Printmedien aufzuhalten, besseren Journalismus zu befördern und Kreative im Netz fair zu bezahlen«.

EXZELLENZCLUSTER

Bund und Länder haben sich bei der Exzellenzinitiative entschieden und insgesamt 88 Exzellenzcluster ausgewählt. Die Cluster sind eine Förderlinie der Exzellenzinitiative und fördern wissenschaftliche Forschung zu bestimmten Themen an einer Hochschule. Sieben nordrhein-westfälische Universitäten erhielten dabei insgesamt 14 Exzellenzcluster und werden ab Januar 2019

Man sieht die Autorennamen über dem Buchtitel und denkt, da hat sich ja wieder mal einer was ausgedacht – Sue & Wilfried Schwerin von Krosigk. Dabei sind die Namen das einzig wirklich Reale in diesem Krimi. Das Autorenduo und Ehepaar mit echten adligen, wenn auch nicht unbedingt rühmlichen Vorfahren, legt seinen inzwischen dritten Kriminalroman vor. Des Drehbuchschreibens für Serien und Liebesfilme müde, haben sie sich ganz aufs Krimischreiben verlegt. Dass der Adel und seine ganz eigene Solidargemeinschaft aus Konvention und Etikette längst noch nicht ausgestorben sind, davon berichten täglich Klatschkolumnen und Adelsexperten im Fernsehen. Da ist es nur gerecht, wenn das überstrapazierte Genre Krimi und Verbrechen endlich mal mit einer adligen Hauptperson beglückt wird. Hartung Siegwald Graf von Quermaten zu Dytinghausen, für die Geschichte praktischerweise nur Hasi genannt, ist hier kein unfreiwilliger Ermittler: Ehrlich, gerecht und trottlig wird er selbst zur Zielscheibe. Als verarmter Adelspross hat er seine kinderlose Tante Pudel beerbt und ist plötzlich vermögend, gerät in die Fänge eines Investmentbetrügers, während ein Auftragskiller seelenruhig mit einem Nervengift die Flughafenkontrolle passiert, ein Cousin als ehemaliger Geschwaderkommandeur »militärischen Beistand« leistet, eine Leiche nicht auffindbar ist, die Ex des Zahnarztes nackt die Sonne anbetet und die tote Tante immer wieder auftaucht. Hasi erscheint wie eine Erfindung von Edgar Wallace, die mal kurz in der Gegenwart vorbeischaute. Über die Ernsthaftigkeit des Autorenduos kann man sich übrigens in dem YouTube-Video »Blutspur durch Berlin« informieren – und, die beiden sind wirklich von adliger Herkunft.

Sue & Wilfried Schwerin
von Krosigk
**Der Toten
versteh**
Kriminalroman
berlin.krimi.verlag
272 Seiten, 12 Euro



mit mehreren Millionen Euro gefördert. Igor Gvozden, hochschulpolitischer Sprecher der LINKEN.NRW erklärt dazu: »Aufgrund einer nicht ausreichenden staatlichen Ausfinanzierung für Forschung und Lehre stehen die Universitäten in einem harten Wettbewerb für diese Gelder. Dabei vergrößern die Exzellenzcluster nur die Unterschiede zwischen den Hochschulen und führen zu einem Zwei-Klassen-System«.

MUSIKSCHULEN

Zu den im Landeshaushalt 2019 vorgesehenen Geldern zur Förderung der Musikschullandschaft Sachsen-Anhalts erklärt der kulturpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Stefan Gebhardt: »Die für 2019 vorgesehenen 3.497.200 Euro für die Musikschullandschaft reichen nicht aus, um drastisch steigende Elternbeiträge zu vermeiden. Dies wurde uns in mehreren Gesprächen mit dem Landesverband der Musikschulen bestätigt. Die seit Jahren anhaltende Stagnation der vom Land für Musikschulen vorgesehenen Gelder stellt angesichts der Teuerungsraten und Tarifsteigerungen faktisch Kürzungen dar. Vor dem Hintergrund, dass ein erheblicher Teil der Musikschullehrerinnen und -lehrer in den kommenden Jahren in den Ruhestand geht, wird sich die Situation zusätzlich verschärfen«.

Der 17. Petersburger Dialog fand am 7. bis 8. Oktober 2018 in Moskau statt und stand in diesem Jahr unter dem Motto: »Vertrauen bilden, Partnerschaft stärken: Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland als Impuls für den zwischenstaatlichen Dialog«. In vielen Medien wird der von Putin und Schröder im Jahr 2000 initiierte Dialog gering oder gar nicht geschätzt, und natürlich ist tatsächlich bei Weitem nicht alles erreicht worden, was zwischen Russland und Deutschland gehofft worden war. Die Bundeskanzlerin verbot nach der Besetzung der Krim sogar das geplante Treffen in Sotschi. Dem Dialog geht es vor allem um die Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften. Ich weiß, dass gerade die zivilgesellschaftliche Stärke in Russland noch immer zu gering ist, aber die Deutschen demonstrierten selbst, dass die Bundesregierung und nicht die Zivilgesellschaft das Sagen hatte. Im deutschen Verein löste Merkmals Eingriff eine akute Krise aus, die nur mit Mühe wieder überwunden werden konnte. Bis heute belasten die Konflikte um die Krim und die Ukraine die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Die westlichen (und dann auch russischen) Sanktionen erschweren wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit enorm. Aber die Arbeitsgruppe Politik, die auch im Sommer schon in Moskau getagt hatte, erlaubt sehr offene Diskussionen, zumal auch viele russische Wissenschaftler zunehmend gemeinsame Herausforderungen sehen. Professor Gromyko sagte mir im Juli, dass es eine neue Internationale gebe: eine bedrohliche Internationale von rechten und linken Populisten in den USA und in Europa, zu der auch zunehmender Nationalismus gehöre. Ich stimmte ihm zu.

Bei allen Defiziten und Problemen im Petersburger Dialog, wäre es aber auch hilfreich, wenn Medien und Öffentlichkeit die großen, zum Teil großartigen, Ergebnisse auf vielen konkreten Gebieten zur Kenntnis nehmen würden: bei der kulturellen, wissenschaftlichen, rechtlichen Zusammen-

arbeit oder im Jugendaustausch. Ich muss hier nicht darüber schreiben, wie wichtig die Wiederherstellung vernünftiger und kooperativer Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bilateral und für so viele Konflikte in der Welt wären, die mit der Kündigung des Atomvertrages mit dem Iran durch Trump weiter zugespitzt wurden. Mir wird es in Moskau, im Dialog und den künftigen Jahren darum gehen, eine Verbesserung zu unterstützen. Es sind zudem Jubiläen schlimmster Ereignisse, die gerade durch die Bundesrepublik genutzt werden sollten und nie vergessen werden dürfen. Am 27. Januar 2019 ist der 75. Jahrestag des Endes der Blockade von Leningrad. Fast 900 Tage war die Stadt durch die Nazis belagert worden. Auf Befehl von Hitler sollte sie dem Boden gleichgemacht. Die Menschen sollten vollständig ausgehungert und mit ihrer Stadt vernichtet werden. Es war eines der schrecklichsten Verbrechen Nazideutschlands. Am Ende waren eine Millionen Menschen qualvoll zu Tode gekommen. Die Bundesregierung steht nach meiner Überzeugung in der absoluten Verantwortung, diesen Jahrestag für deutliche Verbesserungen der deutsch-russischen Beziehungen zu nutzen.

Im Berliner Aufbau-Verlag ist in diesem Jahr eine Neuausgabe des Blockade-Buches von Daniël Granin mit einem neuen Vorwort von Ingo Schulze erschienen. Da Granin inzwischen gestorben ist, wird es nach meiner Kenntnis kaum jemanden geben, der besser, klüger und kompetenter über die Blockade sprechen könnte. Gerade DIE LINKE sollte sich mit diesem Buch beschäftigen und sich fragen, wie es gelingen kann, Erinnerungspolitik auch zu aktueller und positiver Russlandpolitik zu nutzen. Es bleibt auch dringend geboten, das Blockade-Buch so weit wie möglich in das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit zu bringen.



ANDRÉ BRIÉ

Dialog statt Kalter Krieg

Foto: DIE LINKE

die sofort beschlagnahmt und verboten wird. Trotzdem hält die nach ihrer Publikation benannte *Gruppe Internationale* ihren Zusammenhang aufrecht und kann sich reichsweit vernetzen.

Archaische Hordenkriege

Im Gegensatz zu den wenigen Kriegsgegnern versetzt der Beginn des großen Völkerschlachtens die Massen in weiten Teilen Europas in eine geradezu euphorische Stimmung. Tausende Freiwillige strömen in die Kasernen. Nach allgemeiner Ansicht wird der Krieg höchstens einige Monate dauern und durch schneidige Reiterattacken mit wehenden Fahnen schnell und siegreich beendet sein. Siegeszuversicht herrscht auch bei Kaiser Wilhelm II. Auf sein Betreiben hin wird Generalstabschef von Moltke an die Spitze der *Obersten Heeresleitung* (OHL) berufen, ein Neffe des berühmten preußischen Schlachtenlenkers des 19. Jahrhunderts. Wilhelm II. will ›seinen eigenen Moltke‹ haben, doch anders als sein berühmter Onkel kommt Moltke der Jüngere mit dem Druck, der auf ihm lastet, nicht zurecht.

Entgegen allen Erwartungen ist das russische Heer binnen kürzester Zeit mobil und marschiert am 15. August in Ostpreußen ein. Die Nerven beim Chef der OHL liegen blank. General Hindenburg und seinem Stabschef Ludendorff gelingt es jedoch, den russischen Vormarsch am 30. August zu stoppen und zwei große feindliche Armeen in der Schlacht von Tannenberg zu vernichten. Das macht die beiden Feldherren zu Volkshelden.

In Ostpreußen verliert das Zarenreich binnen zweier Wochen fast eine Viertelmillion Soldaten. Mit Massenangriffen, der sprichwörtlichen russischen Dampfwalze, treiben aristokratische Offiziere die schlecht ausgerüsteten Truppen rücksichtslos in die Katastrophe. Als französische Militärvertreter dem Großfürsten Nikolajewitsch Romanow, Oberkommandierendem der russischen Streitkräfte, ihr Mitgefühl wegen der hohen Verluste zum Ausdruck bringen wollen, erwidert er: »Wir schätzen uns glücklich, für unsere Verbündeten solche Opfer zu bringen.«¹⁴

Tatsächlich ist Frankreich an Russland mit der Bitte um diese Offensive zur Entlastung der Westfront herantreten, denn von Kriegsbegeisterung getragen, stürmen die deutschen Armeen in einem großen Siegeszug über Belgien bis kurz vor Paris. Erst mit der Schlacht an der Marne werden sie Anfang

¹⁴ Zit. nach: Richard Pipes (1992): *Die Russische Revolution*, Bd. 1, S. 375.

Bernd Langer

Die Flamme der Revolution
Deutschland 1918/19

Unrast-Verlag
Oktober 2018

444 Seiten, 24,80 Euro
ISBN 978-3-89771-234-8

